

Nummer 20 - Januar 1984

Verantwortlich:

Andrea Frankenberg / Detlef Hengelbrock / Rainer Korte / Uschi Piek / Hermann Raufhake / Reinhold Thiede / Frank Woike /

**auflage: 100**

**preis: 1 dm**

Anschrift: Hermann Raufhake, Rosenplatz 1, Georgsmarienhütte  
 Telefon: (05401) 4 07 16

Liebe Leser!

Mit dieser Ausgabe haben wir mehrere Rekorde gebrochen. Noch nie hat es so lange gedauert, bis eine neue Ausgabe der ZdJ fertig war: Seit Februar 1983 ist keine Nummer mehr erschienen! Noch niemals zuvor war auch die

Zeitung der Jungsozialisten so umfangreich wie diese Nummer 20: **26** Seiten! Schließlich war auch noch keine ZdJ-Ausgabe so teuer wie diese: Verkaufspreis 1 DM!

Der Inhalt dieser Ausgabe rechtefertigt aber sicher den Preis. Über die vielfältigen Aktivitäten der Friedensbewegung in unserer Stadt wird berichtet; über den Kampf der Gewerkschaften um die 35-Stunden-Woche; über das Hotel-Projekt auf dem Gelände "Frederiks Hof" und über viele andere kommunalpolitische Themen.

Natürlich darf auch die Sparte "Neues aus der Juso-AG" nicht fehlen - es ist wahrhaftig viel Neues passiert, das Durchschnittsalter der Jusos ist so



niedrig wie noch nie!

Zum Schluß noch ein Hinweis in eigener Sache: Hauptverantwortlich für die ZdJ ist in Zukunft Hermann Raufhake; Reinhold Thiede kann diese Aufgabe aus beruflichen Gründen nicht länger übernehmen.

# Neues aus der JUSO-AG

In der Juso-AG hat ein Generationswechsel stattgefunden. Aus familiären und beruflichen Gründen schränken eine Reihe von bisher aktiven Jusos ihre Mitarbeit in Zukunft ein. Anfang Januar wurde ein neuer Juso-Vorstand gewählt, der folgendermaßen besetzt ist: Frank Woike (Vorsitzender), Uschi Piek (Geschäftsführerin), Klaus Hengelbrock (Finanzen), Andrea Frankenberg (Beisitzerin) und Hermann Raufhake (ZdJ-Chefredakteur). Mit einem Durchschnittsalter von 23 Jahren ist dies der jüngste Juso-Vorstand aller Zeiten!



Neben den Neuwahlen des Vorstandes stand auf der Juso-Vollversammlung auch die Konzeption der zukünftigen Juso-Arbeit in Gmhütte zur Diskussion. 1984 soll die Kommunalpolitik wieder mehr im Zentrum der Arbeit der AG stehen. Zur Vorbereitung darauf wird Anfang März ein Wochenendseminar zu kommunalpolitischen Themen stattfinden, wobei insbesondere die Themen "Kommunaler Umweltschutz", "Arbeitsplatzansiedlung" und "Klößner" diskutiert werden sollen. Evtl. soll auch über Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und die Dütebegradigung gesprochen werden. Interessenten können Näheres bei Rainer Korte, Feuerstätte 15, GMH erfahren.

Neben der Kommunalpolitik wird aber selbstverständlich das Thema "Frieden" weiter im Mittelpunkt der Juso-Arbeit stehen. Insbesondere die Ratsdiskussion über den Bürgerantrag zur Atomwaffenfreien Zone und der 2. Gmhütter Ostermarsch kommen in der ersten Jahreshälfte auf uns zu.

Von den Gmhütter Jusos kandidieren Rainer Korte (Kassierer) und Uschi Piek (Bildungsobfrau) für den Ortsvereinsvorstand der SPD. Reinhold Thiede und Detlef Hengelbrock, die bisher in diesem Parteigremium mitarbeiteten, stehen aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung.

Zu der großen Friedensdemonstration in Hamburg fuhren die Jusos aus Gmhütte diesmal nicht in den Sonderzügen von Osnabrück aus, sondern mit Privatautos. So konnte die Gelegenheit zu einem gemeinsamen abendlichen Hamburg-Bummel genutzt werden. Besonders erwähnenswert dabei: der Besuch eines Tony-Sheridan-Konzertes - in einer Bagwhan-Kneipe! Während dieser Fahrt stellte sich zudem heraus, daß (a) das rote Lämpchen, das in Anneroses Auto von Damme bis Hamburg so seltsam aufleuchtete, das Ölwarnlicht war und (b) Annerose nach eigener Aussage entgegen anderslautenden Verdächtigungen nicht-transpirierende Füße hat!



Vier Jusos aus Gmhütte waren als Delegierte der SPD-Gmhütte auf dem Sonderpartei-tag "Frieden" des Unterbezirkes Osnabrück-Land. Mit großer Mehrheit wurde dort Anfang Oktober beschlossen, daß auch unser Unterbezirk gegen die "Nach"rüstung ist. Für einen ähnlichen Antrag wären wir vor anderthalb Jahren auf einem Parteitag in Bohmte beinahe als Parteischädiger des Saales verwiesen worden. So ändern sich die Zeiten, wenn man in der Opposition ist. Diesmal wurde übrigens unser Vorschlag, über die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO zu diskutieren, als "gefährlich" abgeschmettert...

## Neues aus der Juso-AG

Kräftig mitgemischt haben die Jusos in den vergangenen Monaten in der Initiative "Atomwaffenfreie Zone Gmhütte". Nach dem sehr erfolgreichen 1. Gmhütter Ostermarsch im April '83 (rund 400 Teilnehmer!) stand im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres die Sammlung der Unterschriften für den Bürgerantrag im Vordergrund. Auch hier haben die Jusos sich stark engagiert. Über den Erfolg der Aktion berichten wir an anderer Stelle dieser ZdJ.

Im Oktober haben wir es endlich auch geschafft, in der SPD-Gmhütte eine Mehrheit für den Beitritt unserer Mutterpartei zur Initiative "Atomwaffenfreie Zone" zu bekommen. Seit der Ortsvereinshauptversammlung bei Dröge ist der SPD-Ortsverein Gmhütte also Mitglied der Initiative!

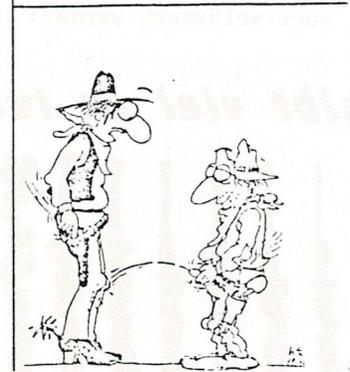
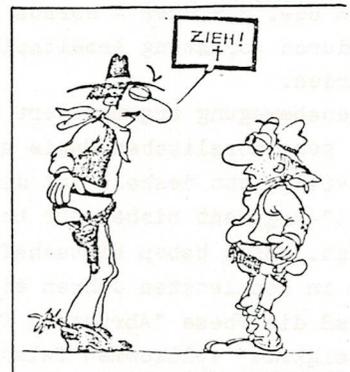
Schließlich noch ein bißchen Personenkult. Anfang Januar hat Rainer Korte das Amt des Juso-Vorstizenden an Frank Woike abgegeben.

Rainer ist beinahe 10 Jahre lang Chef unserer Juso-AG gewesen und ihm ist es sicher in erster Linie zu verdanken, daß die AG praktisch die ganze Zeit über kontinuierlich gearbeitet hat. Durch die Konzentration auf kommunalpolitische Themen (Jugendzentrum, Bebauungspläne, Verkehrsberuhigung, Radwege, B 51-Verlegung, A 33-Bau, Umweltschutz...), die auf Rainers Anregung zurückgeht, konnte die AG immer wieder politische Erfolge feiern und manchmal aufkommende Frustrationen abbauen. Rainer hat dazu beigetragen, daß unsere AG zur angeblich "rechtsten" Juso-AG des Landkreises wurde (aber auch zur einzigen so lange kontinuierlich arbeitenden!) und unser SPD-Ortsverein zum angeblich "linkesten" im Landkreis. Auf Rainers intensive Bemühungen geht schließlich auch das Zustandekommen des ersten Gmhütter Ostermarsches im letzten Jahr zurück. Rainer wird sich natürlich auch in Zukunft in der Juso-AG, im Ortsverein und im Stadtrat weiter engagieren.

## Schäfchen im Trockenen

Es ist nicht so, daß die deutsche Stahlindustrie von den bösen anderen EG-Ländern, die ihren Stahl wie verrückt subventionieren, umstellt ist. So sind die Stahl-Belegschaften in Großbritannien um 60 Prozent, in Frankreich und Luxemburg um jeweils 30 Prozent reduziert worden, in der BRD hingegen nur um 17 Prozent! Zudem ist in der EG vereinbart, daß ab 1986 keine Stahlbeihilfen mehr gezahlt werden dürfen, bis dahin allerdings sehr wohl! Diese Beihilfen werden in anderen Ländern gezahlt, in der BRD bisher außer bei Arbed-Saarstahl nicht! Konsequenz: Es müssen andere Lösungen gefunden werden, die Marktwirt-

Mehrere Jusos waren an den Vorbereitungs- und Aufräumarbeiten beteiligt, als die Falken im Dezember die Rockgruppe "Franz K." nach Gmhütte geholt hatten. Der Besuch des Konzerts war mit nur rund 250 Leuten leider ziemlich erschütternd, die anwesenden Jusos im Saal sind allerdings ziemlich ausgeflippt...



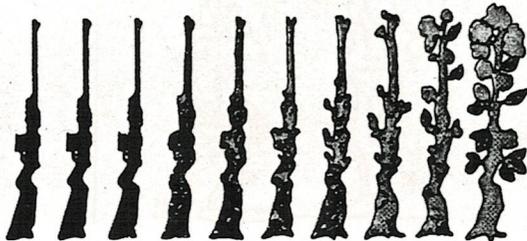
schaft hat versagt. Die Gewinne wurden in den goldenen Jahren privatisiert, die Verluste in den jetzigen Zeiten sollen sozialisiert werden. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Vergesellschaftung der Stahlindustrie. Anschließend sind sozialpolitische Lösungen durch den Staat erarbeitbar. Die Subventionen, die bisher in den Schlund Arbed flossen, hätten jedem einzelnen Arbeiter bei Arbed bis zum Lebensende ein sorgloses Leben garantiert - und das ohne Arbeit. Ein sorgloses Leben haben z.Zt. nur die Kapitalbesitzer - die hatten und haben ihre Schäfchen im Trockenen!

# Rüstung und Arbeitsplätze

Ein Argument, das Befürwortern einer strikten Abrüstungspolitik immer wieder entgegengehalten wird, ist die Angst um den Verlust von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie. Durch Einschränkung der Ausgaben für Rüstung wird die Nachfrage nach Panzern, U-Booten, Flugzeugen usw. geringer - daraus schließt man, daß durch Abrüstung Arbeitsplätze abgebaut würden.

Die Friedensbewegung argumentiert oftmals von einer sehr moralischen Basis aus und hat sich vielleicht deshalb mit diesem "Arbeitsplatz"-Argument bisher nur beiläufig beschäftigt. Dabei haben Wirtschaftswissenschaftler in den letzten Jahren eindeutig belegt, daß die These "Abrüstung führt zu Arbeitslosigkeit" vollkommen falsch ist. Dies soll kurz erläutert werden:

**Es gibt viel zu tun,**



**packen wir's an!**

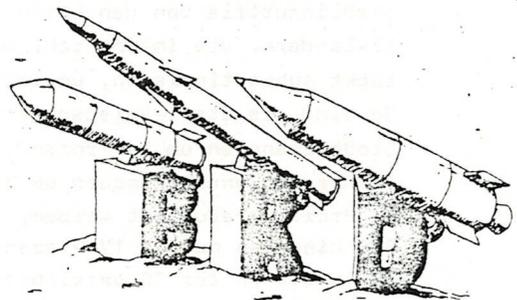
(1) Rüstung spielt in der Wirtschaft der BRD keine wichtige Rolle. Nur 2% der industriellen Produktion entfällt auf Rüstungsgüter. Da im Rüstungssektor besonders kapitalintensiv - d.h. mit wenigen Arbeitskräften und viel Technik - produziert wird, können diese 2 % der Industrieproduktion mit nur etwa 1 % der Beschäftigten hergestellt werden; von den rund 22 Millionen Beschäftigten in der Bundesrepublik sind nur gut 200.000 in der Waffen- und Munitionsherstellung tätig! Weniger als 1 % der gesamten Ausfuhr entfällt auf Waffenexporte. Diese Angaben aus dem "Weißbuch 1979" des Bundesverteidigungsministeriums zeigen deutlich: selbst bei völligem Verzicht auf Rüstungsproduktion würden weder die Arbeitslosenzahlen noch die Exportsituation der Bundesrepublik in bedrohlichem Ausmaß verschlechtert.

(2) Nun bleibt aber unbestreitbar, daß bei Einschränkung der Rüstungsproduktion einige zehntausend Arbeiter, die heute Panzer oder

Flugzeuge bauen, nicht mehr benötigt würden. Rüstungsgegner schlagen nun häufig vor, daß die Produktion der Rüstungsbetriebe auf "zivile" Güter umgestellt und somit diese Arbeiter weiter beschäftigt werden sollten. Von Politikern und Unternehmerverbänden wird dieser Vorschlag in der Regel als unpraktikabel ("Spinnerei") abgelehnt, in einer Panzerfabrik könne man nun einmal keine Geschirrspüler herstellen. Ein Blick auf die Liste der 25 größten Rüstungsunternehmen der Bundesrepublik zeigt aber: Fast alle diese Unternehmen produzieren bereits jetzt nicht ausschließlich militärische Güter, nur bei 7 der 25 größten Rüstungsunternehmen liegt der Anteil der militärischen Güter an der Gesamtproduktion über 50 % ! Also: Man braucht die Rüstungsbetriebe gar nicht mehr auf zivile Produkte umzustellen, man muß den zivilen Anteil an der Produktion nur ausweiten!

Die beiden Firmen mit dem größten Rüstungsumsatz waren 1980 - etwas überraschend !? - Siemens und AEG. Warum sollte es nicht möglich sein, daß bei diesen Firmen statt elektronischer Ausrüstung für moderne Waffensysteme ähnliche Elektronikbauteile für zivile Zwecke gefertigt werden? Man sieht: Arbeitsplatzverluste bei Einschränkung der Rüstungsproduktion könnten durchaus vermieden werden!

(3) Schließlich haben Untersuchungen des "Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" (DIW) bereits 1977 gezeigt, daß Staatsausgaben im Rüstungsbereich verglichen mit Ausgaben in anderen Bereichen geringere Beschäftigungswirkungen haben. Eigentlich ist das bereits mit dem gesunden Menschenverstand zu erkennen, in hochtechnisierten Wirtschaftsbereichen wie der Rüstung werden nun einmal mehr finanzielle Mittel pro Arbeitsplatz benötigt als beispielsweise im



sozialen Bereich: Um 4 "Arbeitsplätze" für eine Panzerbesatzung zu schaffen, muß erst einmal für ein paar hunderttausend Mark ein Panzer angeschafft werden - für 4 Arbeitsplätze in der Altenpflege braucht man kaum zusätzliche Aufwendungen!

# Rüstung und...

Die Ergebnisse des DIW untermauern dies nun auch wissenschaftlich. Sie zeigen, daß Rüstungsausgaben vom Arbeitsplatzgesichtspunkt her völlig unsinnig sind; allein eine Umschichtung der Staatsausgaben vom Rüstungs- in den sozialen Bereich könnte hunderttausende zusätzlicher Arbeitsplätze schaffen - ohne eine einzige Mark zusätzlicher Staatsausgaben! Ein konkretes Beispiel: Wenn im Militäretat 10 Mrd. DM gestrichen würden, werden im Rüstungs- und Bundeswehrbereich etwa 180.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Bei gleichzeitiger Investition der eingesparten 10 Mrd. im öffentlichen Gesundheitswesen würden in diesem Bereich aber 241.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Unter dem Strich würden also rund 60.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen - ohne daß die Staatsausgaben auch nur um eine Mark erhöht werden müßten!

Man mag diese Zahlen im Einzelnen anzweifeln oder sie "Milchmädchen"-Rechnungen nennen; vielleicht haben sich die Wissenschaftler tatsächlich um 1000 Arbeitsplätze nach oben oder unten verrechnet. Die Behauptung, daß Rüstung Arbeitsplätze sichere, ist aber damit wohl eindeutig widerlegt. Die wissenschaftlichen Ergebnisse der letzten Jahre zeigen ganz deutlich: Rüstung sichert keine Arbeitsplätze sondern verhindert die Schaffung neuer Arbeitsstellen; eine Einschränkung der Rüstungsausgaben würde zehntausende von zusätzlichen Arbeitsplätzen schaffen! Abrüstung wäre also auch ein sehr wirkungsvolles Beschäftigungsprogramm!

## Rüstung verhindert Entwicklung

Die weltweiten Militärausgaben von 1980 hätten ausgereicht, um das Einkommen der 1,3 Milliarden Menschen der 38 ärmsten Länder der Welt von 400 auf 1 100 Mark pro Kopf zu steigern. Nur ein Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben könnten auf der Erde für sauberes Wasser sorgen, ein halbes Prozent ein Programm zur Ausrottung der Malaria finanzieren. Eine einzige Bundeswehr-Fregatte vom Typ 122 kostet soviel wie ein weltweites Programm für Kinderschützimpfungen, ein modernes Kampfflugzeug soviel wie 40 000 Dorfapotheken, ein Panzer Leopard II soviel wie 1 000 Klassenräume für 30 000 Schüler.

(der überblick, Nr. 1/1981)

## Gotteslohn mit freiem Dienstwagen

V. 9.6.82

Zwei Tage vor Beginn des 20. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Hannover hat die Gewerkschaft OTV eine Broschüre mit dem Titel „Einwände und Gegenargumente“ vorgelegt, in der sie mit der Mär von der Dienstgemeinschaft aufräumen will.

„Die Arbeit in der Kirche ist so irdisch wie nur irgendetwas irdisch sein kann.“ Das zeigen die Einkommensbeispiele, die die OTV in der Broschüre aufgeführt hat.

Monatseinkommen brutto, Stand 31. Dezember 1982:

Die Höhe ist von Familienstand und dem Alter bzw. der Betriebszugehörigkeit abhängig.

Erzbischof 64 Jahre,

DM 12 900,-

Prälat, 62 Jahre, DM 10 800,-

Domkapitular, 58 Jahre  
DM 9300,-  
Oberkirchenrat, 57 Jahre,  
DM 8850,-  
Pfarrer, 34 Jahre, zwei Kinder,  
DM 3970,-  
Erzieherin im Kindergarten,  
26 Jahre, verheiratet,  
DM 2200,-  
Krankenschwester, 26 Jahre,  
ledig, DM 2180,-  
Friedhofsarbeiter, 58 Jahre,  
verheiratet, DM 2190,-  
Küchenhilfe im Alten- und  
Pflegeheim, 42 Jahre, ledig,  
DM 2100,-  
Putzfrau beim Oberkirchenrat,  
48 Jahre, verheiratet,  
DM 1750,-

Bei den Spitzeneinkommen der kirchlichen Würdenträger sind Sonderzuweisungen, steuerfreie Aufwandsentschädigungen, freie Dienstwohnung, Dienstwagen mit Fahrer noch nicht berücksichtigt und müssen bei einem Vergleich mit den einfachen Arbeitern im Garten Gottes noch dazu gezählt werden. E. K.

Eine aktuelle örtliche Ergänzung zu obigem Artikel. In dem Mitteilungsblatt der Pfarrgemeinde Peter und Paul in Oesede war in der August Nr. folgender Aufruf zu finden:

### MITHILFE IM KINDERGARTEN

In 2 Kindergartengruppen wäre eine Mithilfe geeigneter Mädchen oder Frauen erwünscht. Wegen der begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten können dafür 2,-- DM pro Std. gezahlt werden. Es kommen maximal 30 Std. wöchentlich infrage. Interessenten melden sich bitte bei (.....)

Soweit sind wir gekommen. Da trotz pädagogischer Notwendigkeiten keine Fachkraft eingestellt wird, versuchen die Verantwortlichen unter dem Deckmantel der Nächstenliebe die Ausbeutung der Arbeitskraft zu praktizieren. Für 30 Stunden in der Woche sage und schreibe 60,-- DM, keine Arbeitslosenversicherung, keine Altersabsicherung, keine Absicherung im Krankheitsfalle.... Im Klartext: Da keine Krankenversicherungs-, keine Rentenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge abgeführt werden, ist nicht nur die betreffende Person die gelackmeierte, sondern die ganze Aktion geht auf Kosten der Allgemeinheit. Andere zahlen ja die Beiträge... Ganz davon abgesehen ist dieses Vorgehen auch ein Schlag ins Gesicht der vielen arbeitslosen Erzieherinnen. Nächstenliebe?

# 35 - Stunden - Woche

## Gründe für Arbeitszeitverkürzung

### 1. Humanisierung der Arbeit

Von Beginn der Industrialisierung bis heute hat es durch die Gewerkschaftsbewegung große Fortschritte für die Arbeiter gegeben. Erhebliche Arbeitszeitverkürzungen, Fortschritte auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin, Unfallverhütungsvorschriften.

Trotzdem gibt es noch die alten Belastungen: Lärm, Arbeit in gebückter Haltung, in Nässe, Hitze oder Zugluft, in Rauch, Gasen oder Dämpfen, es müssen Lasten über 20 kg mit Körperkraft bewegt werden und es gibt immer noch Nacht- und Schichtarbeit.

Die größte Belastung aber, die restriktive Arbeit - bei der die Arbeitsdurchführung in allen Einzelheiten genau vorgeschrieben ist - nimmt immer mehr zu. Leistungsdruck und Leistungsverdichtung sind an der Tagesordnung. Das hat natürlich Auswirkungen: 49 % der männlichen Arbeitnehmer sind mit 54 Jahren berufs- oder erwerbsunfähig. Von den weiblichen Arbeitnehmerinnen gehen 54 % mit 58 Jahren in Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente.

### Belastungen am Arbeitsplatz

Art der Belastung	Gesamtzahl der Betroffenen	
	in Millionen	in %
restriktive Arbeit*	12,6	57
Arbeit unter Lärm	12,3	56
Arbeit in gebückter Körperhaltung	10,8	49
Arbeit in Nässe, Hitze oder Zugluft	10,8	49
Arbeit in Staub, Rauch, Gasen oder Dämpfen	9,0	41
Lasten von mehr als 20 kg tragen oder heben	8,6	39
Nacht- oder Schichtarbeit	5,5	25

\* Art der Arbeitsdurchführung bis in alle Einzelheiten genau vorgeschrieben  
Quelle: IAB

Neben der Beseitigung dieser Arbeitsbedingungen - in der heutigen Zeit, unter den gegebenen Machtverhältnissen nur schrittweise möglich - gibt es nur die Möglichkeit, durch weitere Arbeitszeitverkürzung diesen Bedingungen auszuweichen.

### 2. Massenarbeitslosigkeit

Zur Zeit gibt es ca. 2,5 Mill. Arbeitslose. Die Durchschnittskosten pro Arbeitslosen liegen bei 30 000,-- DM.

Überdurchschnittliche Krankheitszeiten sind die Folgen von Arbeitslosigkeit. Alkoholismus, Tabletten- und Drogensucht nehmen zu. Die Selbsttötungsrate bei Arbeitslosen ist doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Bevölkerung.

Es ist aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendig, die vorhandene Arbeit gerecht zu verteilen. Arbeitszeitverkürzung ist in Wirklichkeit Arbeitszeitverlängerung für einen großen Teil der Arbeitslosen.

Keine Volkswirtschaft kann es sich auf die Dauer leisten, mit so vielen Arbeitslosen zu leben

## Was ein Arbeitsloser kostet

Durchschnittskosten je Arbeitslosen\*  
1981:  
28194 DM

davon

Arbeitslosengeld  
11243 DM

Wohngeld  
200 DM

Einnahmehausfälle an:

Steuern  
7881 DM

Sozialabgaben  
8870 DM

\* mit Anspruch auf Arbeitslosengeld



Keine Gesellschaft kann es sich leisten, einen großen Teil der Bevölkerung ins soziale Abseits zu schicken.

Auch für gewerkschaftliche Arbeit sind 2,5 Mill. Arbeitslose nicht gerade förderlich. Die letzten Tarifabschlüsse konnten nicht einmal den Reallohn sichern.

### Vorrang für die 35-Stunden-Woche

Die meisten Gewerkschaften, vor allen die IG-Metall, haben sich für die Wochenarbeitszeitverkürzung entschieden. Von der 35-Stunden-Woche wird der größte Beschäftigungseffekt erwartet.

Mit dem Beschäftigungseffekt werden die Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ausgedrückt.

Die Beschäftigtenzahl hängt

- von der Höhe und
  - der Verteilung des Arbeitsvolumens ab.
- Als Arbeitsvolumen bezeichnet man dabei die Zahl der Arbeitsstunden. Die Höhe des Arbeitsvolumens richtet sich danach,
- wieviel insgesamt produziert wird,
  - wieviel in einer Stunde produziert wird.
- Das läßt sich in folgende Formel zusammenfassen:

$$\frac{\text{Produktion}}{\text{Arbeitsproduktivität}} = \frac{\text{Zahl der Beschäftigten}}{\text{Beschäftigten-Stunden}}$$

Arbeitsproduktivität ist die Produktion je Beschäftigungsstunde. Diese Gleichung besagt z.B.:

Wenn die Produktion gleich bleibt (Nullwachstum) und die Produktivität steigt, dann sinkt die Zahl der Beschäftigungsstunden.

Ob sich eine Verringerung des Arbeitsvolumens in einen entsprechenden Abbau von Beschäftigten niederschlägt, hängt von der Arbeitszeit je Beschäftigten ab.

Arbeitsvolumen  
Arbeitszeit je Beschäftigten = Beschäftigtenzahl

Wenn das Arbeitsvolumen sinkt und die Arbeitszeit unverändert bleibt, dann sinkt die Beschäftigtenzahl. Wenn das Arbeitsvolumen sinkt, die Arbeitszeit aber entsprechend verringert wird, dann bleibt die Zahl der Beschäftigten stabil.

Leider ist der Beschäftigungseffekt einer Arbeitszeitverkürzung nicht ebenso groß wie das Volumen der Verkürzung. Ungefähr 50 % werden durch die sogen. induzierte Produktivitätssteigerung aufgefangen, aber immerhin 50 % sind beschäftigungswirksam. Dies bestätigen unter anderen folgende Untersuchungen:

- das Gutachten über „Raumstrukturelle Wirkungen von Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzungen“ von Kunst/Müller im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1980);
- die Studie des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Ifo-Institutes;
- Forschungsarbeiten der Freien Universität Berlin unter der Leitung von Professor Dr. Michael Rolle.

In jüngster Zeit gesteht sogar das Institut der Deutschen Wirtschaft Arbeitszeitverkürzungen einen „gewissen“ Beschäftigungseffekt zu.

Diese Berechnungen können unbeschränkt nur gelten für die Wochenarbeitszeitverkürzung. Bei den anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung kommen noch andere Faktoren hinzu. Bei der Lebensarbeitszeitverkürzung scheiden Arbeitnehmer aus, die nicht mehr voll leistungsfähig sind. In der Industrie sind diese Kollegen auf Arbeitsplätzen, an denen die Arbeitsanforderungen nicht mehr so hoch sind. Nach Ausscheiden dieser Kollegen würden die Arbeitsplätze nicht mehr neu besetzt.

Im Übrigen; wenn z.B. die Lebensarbeitszeit auf 60 Jahre begrenzt würde, und wenn 100 % es in Anspruch nehmen, so würden in der gesamten Eisen- und Stahlschaffenden Industrie nur 958 Beschäftigte ausscheiden. Die neuesten Vorschläge von Bundesarbeitsminister Blüm zeigen auch, daß die Finanzierung keineswegs gesichert ist. Nun sollen die Arbeitnehmer „freiwillig“ mit 65 % ihres Einkommens in Rente gehen. Der Rest soll durch tarifliche Lohnabschläge für die noch Beschäftigten aufgebracht werden. Hier wird Arbeitslosigkeit und damit Bedürftigkeit nur verlagert.



Natürlich ist Lebensarbeitszeitverkürzung, aus humanitären Gründen nicht abzulehnen. Voraussetzung ist aber, daß man mit einer angemessenen Rente in den Ruhestand treten kann.

Die Alternativen, welche die Unternehmer anbieten sind:

- Teilzeitarbeit,
- Jobsharing und
- Arbeitszeitflexibilisierung.

Teilzeitarbeit, also z.B. 4 Stunden pro Tag, und Jobsharing, also die Aufteilung von Arbeitsplatz und Arbeitszeit auf zwei Beschäftigte, sind Arbeitszeitverkürzungen mit entsprechender Kürzung von Lohn und Gehalt. Es ist unter den gegebenen Bedingungen auch zu bezweifeln, ob dadurch neue zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Weit eher würden ständige Vollzeit Arbeitsplätze in Teilzeit- oder geteilte Arbeitsplätze umgedelt - mit verheerenden sozialen Folgen. Vor die Alternative gestellt, den Arbeitsplatz ganz zu verlieren oder Teilzeitarbeit bzw. Arbeitsplatz- und Arbeitszeiteilung mit Lohnkürzung hinzunehmen, akzeptieren Arbeitnehmer eben letzteres. Werden sie trotzdem arbeitslos, so verringert sich auch entsprechend der Anspruch für Arbeitslosengeld. Ungeheure Leistungsverdichtung wäre die Folge. Zwei Arbeitnehmer mit je 4 Stunden können eben mehr schaffen, als einer in 8 Stunden. Vor allen Dingen für die neuen Techniken z.B. im Büro, wäre Teilzeitarbeit und Jobsharing wie geschaffen.

Nach 4 Stunden an den neuen Bildschirmgeräten ist man für den ganzen Tag ausgepumpt. Ganz Schlaue fordern, daß alle diese Nachteile durch Tarifverträge oder Gesetze ausgeglichen werden. Die Unternehmer sollten gezwungen werden, für jeden Vollzeit Arbeitsplatz entsprechende Teilzeitarbeitsplätze einzurichten. Leistungsdruck und Leistungsverdichtung sollten durch die Gewerkschaften verhindert werden. Es gebe nun einmal Arbeitnehmer, die „freiwillig“ auf einen Teil ihres Einkommens verzichten würden, wenn sie weniger arbeiten könnten. Außerdem würde Teilzeitarbeit die Emanzipation der Frau voran bringen. Partnerschaftlich könnten sich Mann und Frau die Erarbeitung des nötigen Familieneinkommens teilen. Man fragt sich, wo diese Leute leben. Bestimmt nicht in der Realität. Die Gewerkschaften hätten gerne die Macht, alle diese Maßnahmen durchzuführen. Auch für die Emanzipation der Frau würde es nichts bringen. Es hat sich immer noch gezeigt, daß Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Rückschritt eher das Gegenteil bewirkt haben. Voraussetzung für Emanzipation ist zuallererst die Beseitigung der Beschäftigungskrise. Wenn dann die Frauen aus ihrer Rolle als Arbeitsreserve herausgeholt werden sollen, ist es an der Zeit, Forderungen zu stellen

# 35 - Stunden - Woche

Es stimmt zwar, daß es viele Frauen gibt, die gerne einen Teilzeitjob hätten. Diese Frauen wollen aber zusätzlich zu dem Vollzeitarbeitsplatz des Mannes arbeiten, um genug zum Lebensunterhalt ihrer Familie zu haben. Die Sorgen, nur arbeiten zu wollen, um sich zu emanzipieren, möchten viele Arbeiterfrauen haben.

Die perfideste Form der Arbeitszeitverkürzung ist aber die sogenannte Arbeitszeitflexibilisierung. Es ist unverständlich, wie es den Unternehmern und ihnen nahestehenden Wissenschaftlern und Politikern gelingen kann, unter den modisch klingenden aber falschen Stichworten wie „Zeitsouveränität“ und „Zeitautonomie“ Arbeitszeitflexibilisierung als Alternative und als Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verkaufen.

Unter Arbeitszeitflexibilisierung wird verstanden, die Anpassung der Arbeitszeit an den wechselnden Arbeitsanfall. Dieses Konzept gibt es im Augenblick vor allem im Einzelhandel. Dort sollen Verkäuferinnen und an der Kasse Beschäftigte nach Hause geschickt werden, wenn wenig zu tun ist. Steigt der Kundenbesuch, werden sie wieder zurück ins Geschäft gerufen. Man kann sich vorstellen, daß dieses Konzept zukünftig von den Unternehmern in der Industrie stärker propagiert wird; etwa im Reparaturbereich, in dem Schlosser und Elektriker nach Hause geschickt werden, wenn wenig Störungen zu beheben sind. Sie sitzen dann am Telefon und warten darauf, gerufen zu werden. Bezahlte wird allerdings nur die tatsächliche Arbeitszeit, also jene Zeit, die sie tatsächlich im Betrieb zubringen.

Dieses Modell ist ganz offenkundig darauf ausgerichtet, die Ausbeutung der Arbeitskraft im unternehmerischen Sinne zu intensivieren und zu maximieren und damit mit einer geringeren Zahl von Beschäftigten auszukommen. Nicht umsonst bieten die Unternehmer die Teilung von Arbeitsplätzen und die Flexibilisierung der Arbeitszeit zunehmend als Alternative an. Doch nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern um gewerkschaftliche Forderungen nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung zu unterlaufen und an ihre Stelle Maßnahmen im unternehmerischen Sinne und Interesse zu setzen.

## 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

In den letzten drei Jahren sind die Reallohne gesunken. Damit auch die Inlandsnachfrage. Ein Grund für die bestehende Beschäftigungskrise. Das Konzept der Unternehmer und ihrer Bundesregierung, durch höhere Gewinne die Investitionen anzukurbeln und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen, kann nicht greifen. Unternehmer investieren

nur dort, wo sie Gewinnchancen sehen. Bei weiter sinkender Nachfrage und den nicht ausgelasteten Kapazitäten werden sie nicht investieren. Steuersenkungen und Investitionsbeihilfen werden durch die Kürzung der Sozialleistungen, Gewinnerhöhung soll durch geringere Löhne finanziert werden. Die Nachfrage sinkt weiter und die Unternehmer werden ihre Gewinne in Amerika zu hohen Zinsen anlegen.

Nur die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich kann dazu beitragen, aus diesem Dilemma herauszukommen. Neben der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit des Lohnausgleiches, können die meisten Arbeitnehmerhaushalte keinen weiteren Einkommensverlust hinnehmen.



Das Argument der Unternehmer, die Wochenarbeitszeitverkürzung sei zu teuer und wäre beschäftigungsunwirksam, ist unlogisch. Entweder kostet die 35-Stunden-Woche etwas, dann doch nur, wenn neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Oder es gibt keine neuen Arbeitsplätze, dann bleibt doch erst einmal die Lohnsumme gleich.

Rein rechnerisch würde die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eine Lohnsteigerung von 14,29 % bedeuten. Die Hälfte wird aber durch Produktivitätssteigerung aufgefangen. Sinkende Kranken- und Unfallzahlen würden die Unternehmen weiter entlasten. Den Rest haben die Arbeitnehmer durch die letzten Tarifrunden mit Reallohnsenkungen im voraus bezahlt.

Für das einzelne Unternehmen steigen zwar die Stückkosten, durch abnehmende Arbeitslosenzahlen würden volkswirtschaftlich aber Gelder frei, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könnten genauso gesenkt werden, wie durch sinkende Kranken- und Unfallzahlen die Beiträge zur Krankenversicherung und Berufsgenossenschaft. Auf die Dauer könnten so die Kosten insgesamt aufgefangen werden. Nur die Macht der Unternehmer gegen die Gewerkschaften wäre geringer.

Bleibt das Argument der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Zwar sind internationale Vergleiche der Arbeitszeit schwierig, aber nach Zahlen des, den Unternehmern nahestehenden, Institutes der Deutschen Wirtschaft, wird in der BRD von allen Industrienationen am längsten gearbeitet. Die Wochenarbeitszeit ist noch höher als z.B. in Japan.

Außerdem hat es die deutsche Wirtschaft es noch immer geschafft, Nachteile aufzufangen. Z.B. Wechselkursschwankungen zuungunsten der DM oder die Ölpreisexplosion. Es sollte doch möglich sein, die erhöhten Stückkosten im internationalem Wettbewerb zu tragen.

Im Übrigen ist die BRD im letzten Jahr, noch vor den USA und Japan, Außenhandelsnation Nr. 1. Im internationalem Wettbewerb zählt an erster Stelle die Qualität und nicht der Preis.

Auf das Argument, daß die 35-Stunden-Woche betriebsorganisatorisch nicht umzusetzen sei, sollte man eigentlich nicht eingehen. Weitaus schwierigere Probleme bei Entlassungen oder Kurzarbeit wurden ja auch gelöst.

Auch bei kleineren Betrieben sollte die Lösung einfach sein. Wenn nicht im ersten Betrieb einer Branche, so im zweiten oder dritten könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Nach Unternehmerphilosophie wird sich dann eben der bessere Unternehmer die vorhandene Arbeit heranziehen.

Zusammengefaßt bleibt als Voraussetzung zur Lösung der bestehenden Beschäftigungskrise, aus volkswirtschaftlichen und humanitären Gründen, nur die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich!

"Es wäre für Herrn Kohl immer noch besser, durch Schweigen den Eindruck von Inkompetenz zu erwecken, als durch Reden den letzten Zweifel zu beseitigen."

Franz Steinkühler zu der Bemerkung des Bundeskanzlers, die 35-Stunden-Woche sei "absurd und dumm".

#### Beschäftigungsprogramm

Natürlich sind sich die Gewerkschaften im Klaren darüber, daß Arbeitszeitverkürzung allein nicht ausreicht. Um das Arbeitsvolumen zu steigern muß es ein Beschäftigungsprogramm geben. Ein gezieltes Programm, nicht einfach Steuererleichterungen für Unternehmen zur Steigerung der Gewinne zum Beispiel.

Es sollten staatliche Subventionen einsetzen:

Bei Energieeinsparung und rationeller Energieverwendung;

- Ausbau eines Systems von Wärmekraftkopplung, Abwärmenutzung, Fernwärme und Bau- und Umrüstung von Kraftwerken mit umweltschonender Technik.

Beim Wohnungs- und Städtebau;

- verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in Städten und Gemeinden. Mit Schwerpunkten bei Wohnumfeldverbesserung, Verkehrsberuhigung etc..

Beim öffentlichen Verkehr;

- Verstärkung der Mittel zugunsten der Bundesbahn und zum Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs,
- sofortige Verabschiedung eines verbesserten Lärmschutzgesetzes mit Bereitstellung der Mittel für geeignete Mittel gegen Verkehrslärm,
- im Fernstraßenbau: Konzentration der Mittel auf die Beseitigung von Verkehrsengpässen (Ortsumgehungen), Verbesserung der Verkehrssicherheit, Umweltschutz und Erhaltungsinvestitionen.

Beim Umweltschutz;

- Verstärkter Ausbau von Kläranlagen und umweltgerechte Abfallbeseitigung,
- Maßnahmen zur Sanierung von Flüssen und Seen und zur besseren Trinkwasserversorgung.

Bei der Verbesserung der Qualität von Bildung und beruflicher Bildung;

- Neubau von modernen Schulen, insbesondere Gesamtschulen und Ganztagschulen und berufliche Schulen,
- Errichtung Überbetrieblicher Berufsbildungsstätten.

Bei Forschung und Technologie;

- Energieforschung und Energieverwendung,
- Verkehrstechnologien, vor allem zur Verbesserung der öffentlichen Verkehrssträger.

Alle diese Forderungen wurden am 30. 3. 81 vom DGB verabschiedet. Auch zur Finanzierung liegen Vorschläge vor:

Steuern;

- Ergänzungsabgabe
- Abschaffung des Freibetrages für Freiberufler,
- Eintreibung der Steuerrückstände, wirksame Verhinderung von Steuerhinterziehung,
- Einschränkung der Abschreibungsgeschäfte,
- Streichung der Mehrwertsteuroption beim Bauherrenmodell.

Subventionen;

- Umstrukturierung von Investitionszulagen und Sonderabschreibungen zur Beseitigung von Mitnehmereffekten.

Arbeitsmarktpolitik;

- Arbeitsmarktsteuer für alle Erwerbstätigen,
- Verbot der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung,
- Bekämpfung der gewerbsmäßigen Schwarzarbeit.

# Leerstellen

"Jeder Ausbildungswillige und Ausbildungsfähige wird in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz bekommen". Bis auf den Bundeskanzler und ein paar vergeßliche CDU-Köpfe, die diesen Ausspruch lieber heute als morgen ungesagt sein lassen wollen, erinnern wir uns noch alle an diesen Satz. Er stand ja schließlich im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1983 auf vielen CDU-Plakaten. Was daraus nach der Wahl geworden ist, weiß jeder, der sich einmal die Statistiken des Arbeitsamtes ansieht: Rund 50.000 Jugendliche sind in der Bundesrepublik noch immer ohne Lehrstelle!

Aber diese Zahl der Arbeitsämter ist noch geschönt. "Ohne Lehrstelle" ist für das Arbeitsamt nämlich nur der, der im Augenblick auf der Suche nach einem Aus-



bildungsplatz ist. Schulabgänger, die eigentlich eine Lehre beginnen wollten, jetzt aber wegen dem großen Lehrstellenmangel noch eine zusätzliche Schulausbildung "dranhängen" (Berufsgrundbildungsjahr o.ä.), werden vom Arbeitsamt als "versorgt" angesehen und gelten nicht mehr als "Jugendliche ohne Lehrstelle".

Eine ganz besondere Art, die unangenehmen Zahlen zu verschönen, sind die vom Arbeitsamt finanzierten Kurse in großen Unternehmen. Da werden Schulabgängern, die eigentlich eine Ausbildung als Einzelhandelskaufmann oder Verkäuferin machen wollten, Kurse in Unternehmen zur "Überbrückung" bis zum nächsten Herbst angeboten. Diese Kurse - vergleichbar mit den bekannten Praktika, nur eben ca. 9 Monate lang! - werden vom Arbeitsamt finanziert. Im konkreten Beispiel sieht das dann folgendermaßen aus:

Petra L. (Name geändert) hat einen qualifizierten Hauptschulabschluss, ist 17 Jahre und möchte Verkäuferin werden. Das Arbeitsamt teilt ihr mit, daß trotz vieler Bemühungen kein entsprechender Ausbildungsplatz vermittelt werden kann, daß

man aber die Möglichkeit habe, sie in einem Vorbereitungskurs für den nächsten Einstellungstermin (Herbst 84) unterzubringen. Da Petra selbst trotz intensiver Suche und vielen Vorstellungen nichts findet, nimmt sie das Angebot des Arbeitsamtes schließlich an.

Seit Dezember steht sie jetzt in der Textilabteilung eines großen Osnabrücker Kaufhauses und macht die Arbeit, die von einem Auszubildenden im ersten Lehrjahr verlangt wird: Ware einsortieren, auszeichnen, verkaufen; Lagerarbeiten; Kunden beraten. Der Unterschied zu den "normalen" Auszubildenden im ersten Lehrjahr: Petra bekommt von dem Kaufhausunternehmen keinen Pfennig Geld und hat darüberhinaus keineswegs die Sicherheit, später in dem Unternehmen einen Ausbildungsplatz zu bekommen ("Vielleicht klappts im Herbst, mal sehen" wird ihr auf entsprechende Fragen geantwortet). Vom Arbeitsamt bekommt sie monatlich ca. 150 DM (je nach Verdienst der Eltern zwischen 50 und 250 DM).

Die Moral von der Geschichte: Das Arbeitsamt kann einen Lehrstellensuchenden Jugendlichen von der Liste streichen, das Kaufhaus hat einen unentgeltlich arbeitenden Mitarbeiter. Daß dafür vielleicht eine Lehrstelle oder ein Arbeitsplatz als Verkäuferin gestrichen wird - auf Kosten des Arbeitsamtes - interessiert erstmal nicht. Denn schließlich muß man ja sehen, daß die Lehrstellengarantie des Bundeskanzlers nicht allzu lächerlich aussieht und außerdem wird die Zahl der



Arbeitslosen ja in einer anderen Abteilung des Arbeitsamtes registriert. Wo kämen wir denn hin, wenn jeder über seine eigene Abteilung hinaus denken würde...

Ich möchte jedenfalls auch eine Garantie abgeben: "Ich garantiere, daß in diesem unserem Lande jeder sprechwillige und nicht-stumme Politiker einen gutklingenden Satz im Wahlkampf produzieren kann. Auch wenn er noch so hohl ist!"

# Ämterhäufung

# Weißer geht's nicht

Ein besonderes Merkmal der sogenannten staatstragenden Parteien ist die Anhäufung von Funktionen und Aufgaben auf wenige Personen, bzw. das Ansammeln von Aufgaben durch einzelne Personen. Soetwas gibt es in allen Parteien; aber bleiben wir bei unserer Partei - da kennen wir uns am besten aus.

Da gibt es Genossen, die sich im Bundestag (MdB), Vorsitzender einer Kreistagsfraktion, Vorsitzender eines Unterbezirkes, Mitglied im Bezirksvorstand ....

Oder Willy Brandt war Vorsitzender der Bundespartei, MdB, Mitglied im Europaparlament (MdEP), Vorsitzender der Sozialistischen Internationale ....

Nicht gerechnet in diesen Aufstellungen sind die Aufsichtsratsposten, bei den Genossenschaften, Gewerkschaften, Kammern, Kreissparkassen usw., hier gibt es eine Reihe von Posten, die sind den Parteimitgliedern überhaupt nicht bekannt.

Abgesehen davon, daß es schlechterdings unmöglich ist, gleichzeitig vernünftige Arbeit z.B. im Bundestag und im Kreistag zu machen oder im Europaparlament und im Bundestag, kommt etwas Anderes hinzu: Einige wenige Genossen (kaum Genossinnen) haben nicht nur die Ämter - die sie letztlich nicht alle voll wahrnehmen können - sondern auch den größten Einfluß. Auch finanziell sahen sie ab. Das bedeutet im Klartext: viele, viele Sozialdemokraten machen die Arbeit, die Laufereien, die Flugblatt- und Klebeaktionen, die vielen Sitzungen in veräucherten Kneipen (wo sie ihre Getränke selbst bezahlen).

Wenige haben (für ihren Geldbeutel und ihr Prestige) den Nutzen, viele arbeiten absolut für Nichts.

Hier einige Vorschläge zur Lösung:

1. Für jeden Funktionär, der über die Partei ins Amt und Ämter gekommen ist wird ein Gesamthöchsteinkommen (brutto) festgelegt. Sagen wir, etwa 10 000,-- DM. Der Rest wird an die Partei abgeführt. Wenn das Einkommen, welches er ohne die Partei erreicht, 10 000,-- DM übersteigt, muß alles an die Partei abgeführt werden.
2. Einführung von Ämterhäufungsbeschlüssen auf allen Parteiebenen.  
Durchsetzung von diesen Beschlüssen, so weit sie vorhanden sind.

Hier ein Tip, wie man mit dem Umweltschutz im eigenen Haushalt Ernst machen kann:

Benutzen Sie Waschmittel mit einem möglichst geringen Phosphatgehalt! Phosphat ist ein in der Landwirtschaft weitverbreitetes Düngemittel. Ein zu hoher Phosphatgehalt im Wasser führt folglich zu einer Überdüngung des Wassers, was ein übersteigertes Wachstum von Algen zur Folge hat. Nach ihrem Absterben zersetzen sich die Algen und verbrauchen dabei große Mengen des im Wasser vorhandenen Sauerstoffs. Sinkt der Sauerstoffgehalt des Wassers unter ein bestimmtes Maß ab, kommt es zu Fischsterben: die Fische ersticken. Im Extremfall "kippt das Gewässer schließlich um", d.h. es beginnt zu faulen und stinken.

## Vollwaschmittel

Seit dem 1. Oktober 1981 muß der Phosphatgehalt in den Waschmitteln um rund ein Viertel niedriger sein. So will es das Gesetz. Im Auftrag von *natur* untersuchte nun erstmals das Bremer Umweltinstitut die gängigsten Waschmittel auf ihren Phosphatgehalt. Der Grenzwert der erlaubten Höchstmenge (in den Wasserhärtebereichen 1 bis 4: 0,70;

0,85; 1,00; 1,25 Gramm Phosphat pro Liter) entspricht in der folgenden Tabelle 100 Prozent. Ergebnis der Untersuchungen, die nach „Phosphathöchstmengenverordnung § 4“ durchgeführt wurden: Bio-Weiß, Liz und Vizir haben überhaupt kein Phosphat, Dato dagegen um über 20 Prozent mehr als erlaubt.

### Vollwaschmittel

Bio-Weiß (Hübner / Reformhauser)	0	Prozent*
Weißer Riese (Böhme Chemie)	67 - 82	Prozent
Dash (Procter & Gamble)	70 - 77	Prozent
Persil (Henkel)	70 - 78	Prozent
Fakt (Henkel)	72 - 85	Prozent
Tandil (Aldi)	79 - 89	Prozent
Sunil (Lever Sunlicht)	92 - 102	Prozent
Omo (Lever Sunlicht)	94 - 105	Prozent
Burti (Burnus)	85 - 97	Prozent

### 60-Grad-Waschmittel

Liz (flüssig) (Böhme Chemie)	0	Prozent
Vizir (flüssig) (Procter & Gamble)	0	Prozent
Ariel (Procter & Gamble)	73 - 78	Prozent
Mustang (Henkel)	76 - 83	Prozent

### Spezial-/Feinwaschmittel

Sanso (Procter & Gamble)	43 - 48	Prozent
Perwoll (Henkel)	49 - 59	Prozent
Rei (Procter & Gamble)	57 - 60	Prozent
Korall (Lever Sunlicht)	78 - 92	Prozent
Dato (Henkel)	117 - 123	Prozent

Auf Blau gedruckt sind die Erzeugnisse, deren Phosphatgehalte die ab 1.1.1984 geltenden niedrigeren Phosphathöchstmengen schon heute in allen Wasserhärtebereichen unterschreiten.

\* Die Werte von ... bis ... Prozent ergeben sich, da in den vier verschiedenen Wasserhärtebereichen auch unterschiedliche Höchstmengen vorgeschrieben sind.

# Der A 33 Rausch

Endlich haben es die Autobahnfetischisten aller Parteien in Gmhütte geschafft: Unsere "Stadt im Grünen" hat ihren eigenen Autobahnanschluß! Ein leibhaftiger Bundesminister (Dollinger) und eine ebensolche Landesministerin (Beuel) beglückwünschten den hiesigen Bürgermeister und die vollzählig erschienenen CDU-Repräsentanten aus Stadt und Land zu diesem gelungenen Stück Betonpiste. Vertreter von SPD oder UWG waren übrigens nicht geladen, die waren schließlich gegen den Bau gewesen - und Strafe muß schließlich sein! (Übermäßig traurig soll darüber aber niemand gewesen sein!)

Als objektiv berichtende Zeitung hat die ZdJ hier noch einmal die Vor- und Nachteile des neuentstandenen Stückes Autobahn zusammengetragen.

Die Vorteile der A 33 überwiegen stark: Durch die neue Trasse gewinnt man auf der Fahrt zum Osnabrücker Stadtzentrum (Neumarkt) sage und schreibe 3 Minuten! Das sind immerhin 180 Sekunden!! Oder 1800 Zehntel-Sekunden!!! Das ist immerhin mehr Zeit, als Muhammad Ali brauchte, um weiland Sonny Liston auszuknocken. Oder wie der noch hieß...

Die Nachteile sind dagegen kaum der Rede wert. Von so emotionalen und unsachlichen Dingen wie "Umwelt" oder "Lebensqualität" einmal abgesehen bliebe als Nachteil nur die etwas unglückliche Anbindung an die B 68 in Harderberg. Es stimmt aber keineswegs, daß an dieser

Stelle bisher jede Woche ein Unfall geschehen wäre, wie gewisse Autobahngegner aus dem linken Spektrum behaupten. Wir können eindeutige Zahlen auf den Tisch legen, die zeigen, daß es im Durchschnitt nur alle sieben Tage zu einem Unfall kam. Statistisch gesehen braucht erst in zwei bis drei Jahren mit dem ersten Toten gerechnet zu werden - und ein Drittel Toter pro Jahr wird durch 3 Minuten Zeitersparnis ja wohl mehr als ausgeglichen! Daß schon nach zwei Tagen das erste Autobahn-Schild auf Gmhütter Boden ramponiert wurde (kurz hinter der Auffahrt Harderberg in Richtung Osnabrück), spricht keineswegs gegen die recht niedrige Aufhängung über der Fahrbahn, die für LKW's zum Hindernis wird. Nein, dieses Ereignis zeigt vielmehr, mit welchem Schwung und Elan die neue Rennpiste entgegen allen Unkenrufen von der Bevölkerung angenommen wird!

Das alles hat dazu geführt, daß die Redaktion dieser Zeitung - bisher dem Autobahnbau ja bekanntermaßen recht kritisch gegenüberstehend - jetzt ihre Haltung geändert hat. Gerade in den letzten Monaten hat sich ja gezeigt, wie anfällig und kränklich der Wald bei uns ist. Wie anders steht es da mit Autobahnen: denen macht so ein bißchen saurer Regen absolut nichts aus! Darum fordern wir: "Weg mit dem Wald! Mehr Autobahnen!" Wo kein Wald ist, kann auch kein Waldsterben sein!! Für eine Verlegung der A 33 durch Dörenberg, Musenberg und Rehlberg! Für ein schönes, neues 1984!

In Kloster-Oesede soll das Gebiet an der Hohen Linde (oberhalb des Tennisplatzes) Baugebiet werden. Die Lage - Südhang, Blick über das Dorf, Waldnähe - ist sicher attraktiv. Ob allerdings der Wille und das finanzielle Vermögen, zu bauen, in der einheimischen Bevölkerung da ist, darf bezweifelt werden. Wahrscheinlich mal wieder was für gutverdienende Osnabrücker!

Seit kurzem wird in Ausschüssen des Gmhütter Stadtrates wieder über die Verlegung der B 51 durch den Musenberg gesprochen. Daß seit einiger Zeit nichts mehr über die Verlegung zu hören war, bedeutet also keineswegs, daß die Sache vergessen wäre.

Aufpassen Leute, sonst geht's uns wieder so wie bei der A-33, als der Widerstand erst begann als es fast zu spät war!

Schon gewußt? Schon gewußt? Schon gewußt?

Im vergangenen Jahr wurde die Düte zwischen Kloster-Oesede und Oesede "generalüberholt". Mit Baggern und ähnlichem schweren Gerät wurde dem angeblich ständig abbröckelnden Ufer zu Leibe gerückt; was übrig blieb war ein "schön" gerader, beinahe kanalähnlicher Verlauf des Flusses.

Den Streit zwischen UWG, SPD und CDU darüber, ob die Maßnahmen nötig waren und wer sie zu verantworten hat, wollen wir hier nicht mehr aufwärmen. In Zukunft sollte allerdings eines klargestellt werden: Der Unterhaltungsverband sollte vor derartigen Maßnahmen die zuständigen Gremien des Gmhütter Rates (insbesondere den Umweltausschuß) zumindest informieren! Es geht schließlich nicht an, daß Kommunalpolitiker von derartigen Maßnahmen zufällig auf dem Weg zur Arbeit oder gar aus der Zeitung erfahren...

# Frederiks Hof

Frederiks Hof - Renommierobjekt?  
Bauruine?  
Spekulationsobjekt?  
Abschreibungsobjekt?

Alle Beteiligten haben beim sogenannten "Frederiks Hof" ein ungutes Gefühl.

Nichts Genaues weiß man nicht.

Soweit überhaupt bekannt einige Fakten vorweg:

1. Ein Unternehmer aus Osnabrück will ca. 20 Millionen DM in Kongreßzentrum - Hotel - Veranstaltungshalle investieren.
2. Dafür bekommt er ca. 10% Investitionszuschuß, wenn er mit dem Bau bis Ende 1984 fertig wird.
3. Hinter der Einzelperson des Unternehmers stehen noch vermutlich andere Finanziers.
4. Die vorgesehene Fläche entlang der B51 und der L95 gegenüber von Klöckner ist für eine Wohnbebauung ungeeignet.
5. Die Fläche besteht fast ausschließlich aus landwirtschaftlich genutztem Gebiet, 'Natur' wird praktisch nicht zerstört. Durch den vorgesehenen Park kann(!) sogar eine Bereicherung der Natur entstehen.
6. Das Biotop am Oeseder Bach bleibt erhalten; voraussichtlich wird dieses Stück sogar unter einen besonderen Schutz gestellt.
7. Die Stadt wird - außer den üblichen Planungskosten - keinerlei finanzieller Belastung ausgesetzt.
8. Finanzielle Folgeleistungen für die Stadt sind allein aufgrund der Finanzlage ausgeschlossen. Zudem gibt es politische Zusagen.
9. Das inhaltliche Konzept ist (abgesehen von der Lage, der einzelnen Gebäude und der Bettenzahl) unbekannt.
10. Dieses Projekt wird nach der Fertigstellung sicherlich die Stadthalle Osnabrück, Bad Iburg, Laer und Rothenfelde bezüglich deren Auslastung negativ beeinflussen.
11. Es werden ca. 50 Arbeitsplätze geschaffen, vermutlich auch Teilzeitarbeitsplätze. Wahrscheinlich werden diese Arbeitsplätze in Iburg, Rothenfelde usw. verlorengehen.
12. Ob das Projekt ein Erfolg sein wird kann bezweifelt werden.

Gerade als 'Linker' empfindet 'man' zunächst einmal Ablehnung. Da will jemand, der Geld hat, Geld machen und das auf eine Weise, die für uns wohl keine Möglichkeit darstellt. In diesem Hotel werden Gutbetuchte unterkommen, weniger Gutbetuchte werden sie bedienen. Irgentwie hat das ganze mit Klassengesellschaft zu tun.

Soweit die erste gefühlsmäßige Reaktion! - und bei nüchterner Betrachtung?

Es wird eine Menge Geld in ein Projekt investiert, das die Umwelt nicht weiter zerstört, Arbeitsplätze im Bau und nach der Vollendung schafft, der Stadtkasse hoffentlich Einnahmen bringt, fast niemand belästigt (z.B. durch Lärm oder Abgase), andererseits in anderen Kommunen



Schwierigkeiten bringt.

Doch was soll eine Stadt wie Georgsmarienhütte in dieser Situation machen? Es besteht zwischen den Kommunen in unserem System nun mal eine Konkurrenz, welche von den Unternehmern ausgenutzt wird. Die Kommunen dürften dann ja nichts mehr investiv tun, weil jedesmal eine andere Kommune geschädigt wird.

Und was ist, wenn das Projekt in den Sand gesetzt wird?

Erst einmal ist das nicht das Risiko der Stadt: wir von der SPD lehnen jede, aber auch jede Form der finanziellen Unterstützung ab! Für uns kommen weder Landes-, Bundes- oder Kommunale Bürgschaften, die das Risiko auf den Rücken der Allgemeinheit laden, in Frage.

Das Risiko besteht sicherlich darin, daß das Projekt scheitert und dann versucht werden wird, aus dem Bau und dem Gelände eine andere Nutzung hervorgehen zu lassen.

# ... Frederiks Hof

Dieses Risiko sollte man tragen, da es je nach Art der Nutzung positiv sein kann. Zudem wird dazu dann der Rat noch entscheiden und die CDU wird sicherlich nicht eine Nutzung zulassen, die den örtlichen Mittelstand bedroht. Außerdem sind wir ja nun wahrhaftig nicht die Vertreter mittelständischer Interessen.

Das war ja ein Argument gegen das Projekt, daß es die heimische Gastronomie kaputt mache. Einiges ist daran. Die 'heimische Gastronomie' hatte aber 13 Jahre lang Zeit hier etwas auf die Beine zu stellen.

Die Kneipen mit Stammpublikum oder die Beerdigungskaffee oder ähnliches machen, brauchen den Frederiks Hof nicht zu fürchten.

Insgesamt also ein Ja zum Frederiks Hof

- wenn der Deseder Bach unter Naturschutz gestellt wird;
- wenn keinerlei öffentliche Förderung, die über das Maß der sonstigen Industrieansiedlung hinausgeht, gewährt wird;
- wenn die öffentliche Begehrbarkeit des Parks sichergestellt wird;
- wenn die Art der Nutzung festgeschrieben wird;
- wenn die Allgemeinheit in keinster Weise am Risiko beteiligt wird.

Ob und inwiefern dieses Objekt ein Spekulationsobjekt wird oder eine Bauruine bleibt - darauf haben wir keinerlei Einfluß - das kann der Stadt bei jeder Industrieansiedlung passieren.

P.S.: Inzwischen ist das heiße Eisen „Fredericks Hof“ merklich abgekühlt. Im Rat der Stadt wurde die Aufstellung eines Bebauungsplanes in der letzten Ratssitzung von der Tagesordnung abgesetzt. Der Unternehmer Heede, der das Hotelprojekt durchführen wollte, hat die Finanzierung noch nicht gesichert, hört man. Und der Rat will keinen Bebauungsplan verabschieden, solange nicht gesichert, wer an der Stelle baut und was gebaut wird - gehen Gerüchte. Also warten die Stadtväter erst einmal ab.....



Der allmächtigen Industrie hat es gefallen, sein Leben nach vielen Millionen Jahren auszulöschen: Plötzlich, aber nicht unvorhergesehen stirbt nach kurzer schwerer Krankheit

## Der Wald

In tiefer Trauer  
Mensch und Tier

## Umweltbroschüre

Die SPD hier in GMHütte arbeitet nicht nur politisch im Bereich des Umweltschutzes - sie will auch praktisch Verbesserungen im Verhalten des Einzelnen bewirken.

Diesem Ziel dient eine Broschüre des Ortsvereins: "Tips und Gedanken zum Umweltschutz". Viele praktische Anregungen, wie jeder durch ein wenig Nachdenken einen Beitrag zum Schutz unserer Umwelt (bzw. was davon noch übrig ist!) leisten kann. Das Pfiffige an der Broschüre ist nicht allein das ganz Praktische, nein, die meisten Tips helfen auch noch Geld zu sparen!

Erhältlich ist das 20seitige Heft auch bei den Jusos.



GEORGSMARIENHÜTTE

# „Heimchen am Herd“

Ich vollbringe gerade die "typisch" weibliche Beschäftigung des Kaffeetrinkens und denke darüber nach, was Frau sein heutzutage überhaupt bedeutet. Bei uns zuhause scheint die Welt noch in Ordnung zu sein, meine Mutter strickt und (die) Hosen haben wir auch nicht an - na, jedenfalls tragen wir Röcke!

Also auf - zurück zur alten "neuen Mütterlichkeit". So jedenfalls möchten es Bundeskanzler Kohl und Norbert Blüm. Es ist ja auch so einfach: keiner muß nachdenken - sie nicht, er nicht.

Er kommt von der Arbeit nachhause und setzt sich hin: "Laß man Muttern machen." Daß die "eigene" Frau nach dem ersten Kind keinen Namen mehr hat sondern nur noch Mutter heißt, macht der Frau jede eigene Persönlichkeit streitig. Sie hat nur noch zu funktionieren. Wenn man wissen will wie, schlägt man am besten im Lexikon nach. Nicht in einem alten Lexikon, nein, Ausgabe 1982 muß es sein:



MUTTER. Mutter im biologischen Sinn die Frau, die ein Kind geboren hat. Mutterschaft erweitert sich alsbald zur Mütterlichkeit, indem die Frau als Hüterin des heimischen Herdes und Mittelpunkt der Familie wirkt, durch Liebe, Fürsorge, Erziehung, persönliches und geistiges Verbundensein die Familienmitglieder zusammenhält und die Kinder ins Leben geleitet.

Wer erwartet, daß alle Frauen von diesem Lebenssinn erfüllt sind und es für sie Wer erwartet, daß alle Frauen von diesem Lebenssinn erfüllt sind und es für sie nichts Schöneres gibt als Hausfrau und Mutter zu sein, muß auch mal Überlegen was es hieße, wenn man alle Männer zwänge, Mauerer zu werden. Das wäre doch der typisch "männliche" Beruf - oder?

Dabei haben die Frauen noch unter Doppelbelastung zu leiden. Von den etwa 10.5 Mio. erwerbstätigen Frauen sind 6.2 Mio. verheiratet; knapp 3 Mio. haben Kinder!

Aber warum schreibe ich das alles? Diese Probleme sind doch schon so bekannt! Ja - aber warum gibt es sie dann noch? Gerade jetzt bei der herrschenden Arbeitslosigkeit werden die Frauen wieder an Heim und Herd zurückgedrängt. Warum lassen wir uns das gefallen? Fehlt uns das Wissen, das Bewußtsein um unsere eigene Bedeutung? Die Bedeutung der Männer ist in Geschichtsbüchern, Heldenepen und durch den "Druck der Generationen" klar dargelegt. Aber wo ist die Geschichte der Frau? Warum werden bestimmte Themen, die Frauen betreffen, tabuisiert: Vergewaltigung, Frauen in Männerberufen usw.? Warum werden Frauen noch immer wie die Neger der Welt behandelt? Ich will damit keinen Neger diskriminieren - ich will ja auch nicht diskriminiert werden. Aber nichts anderes geschieht doch, wenn man Frauen als bloßes Werbeobjekt halbnacht auf dem Kühler eines Autos sitzen läßt oder als "Heimchen am Herd" idealisiert - um Putzmittel zu verkaufen!



Über all diese Fragen haben wir uns Gedanken gemacht. Wir, das sind fünf Frauen, die sich getroffen haben, um eine Frauengruppe zu gründen. In dieser Gruppe wollen wir die genannten Themen näher behandeln, um auch weiterhin in der ZdJ darüber zu berichten. Wir sind dabei für jede Anregung und Mitarbeit, aber auch für Kritik dankbar.

Also schreibt uns oder ruft an!

Kontaktadresse: Ursula Piek

Weidenstraße 40  
4504 Gmhütte  
(Tel.: 41340)

"Zu einer menschlichen Gesellschaft gehören Werte, die ihre Heimat in der Familienkultur haben, wie Liebe, Natürlichkeit, Treue, Hüten, Verzicht, Vorsorge für kommende Generationen. Mütterlichkeit ist das Symbol für diese Werte."

Norbert Blüm, 1981

# Stayin' Alive

Ich bin ziemlich in Verlegenheit, bei irgendeiner Juso-Sitzung wurde mir aufgedrückt einen Artikel über die Datscha zu schreiben. Null Ahnung habe ich warum ich über diesen ätzenden Schuppen zu schreiben habe. Vielleicht, weil ich als einziger Juso zweimal da war. Einmal voll mit Wodka-Lemmon, das zweite Mal weil ich mit einem Typen der immer dort ist reden mußte. Das erste Mal war es wirklich gut, Wodka-Lemmon dröhnt wirklich hervorragend. Das zweite Mal war ich nüchtern, ziemlich jedenfalls, und hab dort das Disco-Popper-Landgemeindepublikum gesehen. Im Prinzip alles nette Leute. Ich weiß jetzt nicht, soll ich beschreiben, wie es für einen einigermaßen intelligenten Menschen eigentlich keinen Grund geben dürfte dorthin zu gehen, daß man mit den Preisen geneppt wird, daß die Musik ein Plastikpopreagiefunkiebeatsoftschnulzenkonglomerat ist, daß die Stammbesetzung betont coolgelangweilt rumhängt... alles Scheiße, aber wo sind in Georgsmarienhütte die Alternativen. Was ich bei aller Motzerei mitbekommen habe, ist, daß ein Bedürfnis für so einen Laden vorhanden ist. Was sollen die Leute ma-

chen, die übertags in Büros, am Fließband, in den Werkstätten usw. malochen. Sollen die politisch aktiv werden, kulturelle Veranstaltungen besuchen oder so'n Scheiß. Nein die haben das Bedürfnis sich zu entspannen und haben nichts anderes kennengelernt als zu konsumieren. Wer will da richten. Die Politischen machen im Prinzip ja auch nur Selbstbefriedigung. Die sind zwar politischer, aber wenn es darauf ankommt genauso schlaff wie alle anderen. Wenn die Wahl ist zwischen einer Fete und einer Sitzung, ist die Entscheidung in den meisten Fällen für die Fete oder ähnlichen Schwachsinn.

Der einzige Punkt der gegen die Datscha spräche, wäre, wenn es wahr ist, daß Ausländer (Türken) nicht in den Schuppen dürften. Stimmt aber nicht, einigen Raufbolden unter den Türken (die gibt es) wurde für einige Zeit der Eintritt verboten, sonst gibt es in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten.

Ich muß zugeben, wenn die Musik mehr nach meinem Geschmack wäre, ich steh auf Rock'n-Roll und Punk und Punk und Punk, ich wär öfter in der Datscha.

## Saufen für's Altersheim

Ich muß mich loben: In diesem Jahr habe ich auf der Oeseder Kirmes nicht nur an mich gedacht, sondern auch gute Taten vollbracht - und zwar 6x. 3x getrunken = 6x geholfen. Der Wahlspruch am Bierstand der Jungen Union war 1x trinken, 2x helfen. Einmal für das Altersheim, einmal für ein Entwicklungsprojekt. Allerdings muß ich mich auch tadeln: ich habe nicht genug geholfen.

Man stelle sich das vor: hätte ich 20 Bier getrunken, hätte ich 40x geholfen, bei 50 Bier schon 100x... und so weiter. Allerdings hätte man anschließend mir helfen müssen. Aber ich gelobe, mich zu bessern! Ich werde bis zur nächsten Kirmes trainieren, damit ich noch mehr helfen kann. Übernächstes Jahr stelle ich mich zur Verfügung als abschreckendes Beispiel bei der JU Aktion gegen Jugendalkoholismus.



10 x GEHOLFEN



50 x GEHOLFEN



„HILFE“

# Friedens - Club Vorwärts

Es war im Frühjahr 1983. Seit langem hatten die Jusos eine Sportgruppe (Bolzer). Niemand wäre auf die Idee gekommen, einen Sportverein zu gründen! Die Stadtverwaltung gab nun den Grund dafür. Sie schrieb uns, daß wir die von uns bisher genutzte Halle nicht mehr benutzen könnten, weil eine Karategruppe in der Halle zu dem Termin trainieren müßte, an dem wir in der Halle waren. Sportvereine würden laut Sportstättenbenutzungsordnung bevorzugt behandelt. Mal abgesehen davon, daß die Karatetypen lieber an einem anderen Termin geprobt hätten, wir hatten den Verdacht, daß hier ein Exempel statuiert werden sollte, damit keine unorganisierten Sportler in die geordneten Verwaltungssportvorstellungen eindringen.

Wir gaben natürlich nicht auf und schrieben an die Stadt, daß wir einen Sportverein gründen würden, notfalls als eingetragenen Verein. Reicht nicht, schrieb uns die Stadt, als Sportvereine würden nur Mitglieder im Kreissportbund gelten. Na klar, sagten wir uns, werden wir Mitglied im Kreissportbund.

Gesagt, geschrieben an den Kreissportbund. Als Antwort bekamen wir, daß politische Gruppierungen nicht Mitglied in den Sportbünden werden könnten und daß es überhaupt in Georgsmarienhütte genug Sportvereine gäbe.

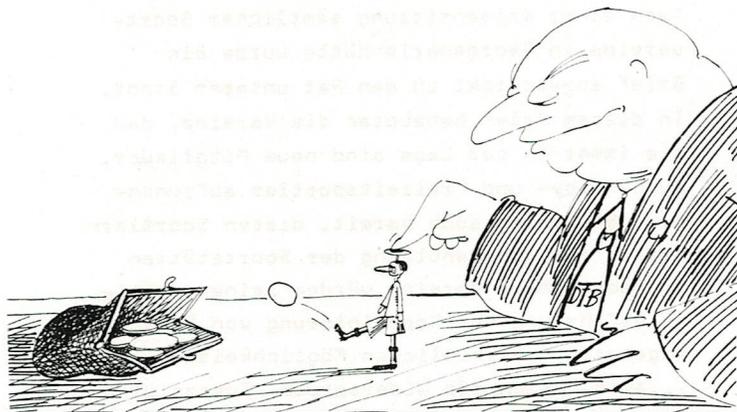
Wir gaben uns nicht damit zufrieden: wir würden natürlich einen Sportverein gründen, der wie gefordert für alle offen, politisch, religiös und rassistisch neutral sei. Nun wurde es verwirrend, der Kreissportbund hatte wohl unser letztes Schreiben an den Landessportbund weitergeleitet, und nun kamen zur gleichen Zeit zwei Schreiben. Eins vom Kreissportbund mit der Mitteilung, daß es in Georgsmarienhütte genug Sportvereine gebe und es keine Notwendigkeit für weitere Sportvereine gibt. Das andere vom Landessportbund, wir könnten natürlich Mitglied im Sportbund werden, wenn wir die Satzung beachten würden. Wir nahmen an, daß das Schreiben der übergeordneten Stelle maßgeblich war, und forderten Satzung, Beitrittserklärung usw. an. Die bekamen wir auch.

Wunderschöne Sportarten können wir im Schutze des Sportbundes ausführen. Wunderschöne Posten gibt es zu verteilen. Wie ein Naturgesetz kam nun aber das Sommerloch und wir haben nichts mehr getan. Das ist jetzt vorbei. Am Freitag, dem 18. 11. 1983 war das historische Datum: der Friedens - Club Vorwärts Georgsmarienhütte wurde gegründet.

In der gut besuchten Gründungsveranstaltung wurde zuerst die grundsätzliche Position zum Sport diskutiert.

Der F.C. Vorwärts wendet sich strikt gegen den reglementierten Leistungssport der alten Vereine in dieser unserer Stadt. Bei uns soll der Sport sein, was er sein soll: Spiel und Spaß.

Neben den Aufgaben, die allen Vereinen anstehen: für Frieden und Völkerverständigung einzutreten, haben wir es uns als Aufgabe gestellt, gegen die althergebrachte Sportlobby in unserer Stadt anzutreten. Wir werden uns einsetzen für mehr Breitensport, freie Sportgruppen (Gruppen die sich zu einem feststehenden Termin treffen, für alle offen sind, bei denen von Fall zu Fall entschieden wird, welcher Sport betrieben wird). Weil unser Verein aus einer Gruppe hervorgegangen ist, der auf Kosten des Leistungssportes Zeiten für die Benutzung von Sportstätten gestrichen worden ist, werden wir es uns zur Aufgabe machen, daß die Nutzungszeiten für die Sportstätten gerechter verteilt werden. Weniger für die „Ersten Mannschaften“, weniger für Exklusivsportarten wie Tennis etc.



Auch aus den alten Vereinen hört man Klagen über die Verteilung der Hallenzeiten z.B. Wenn der Sommer vorbei ist, trainieren eben die ersten Mannschaften in der Halle und nicht mehr die freien Sportgruppen oder letzten Mannschaften zu den besten Zeiten. Entwürdigend ist es schon, wenn einer Kinder- oder Jugendlichengruppe Zeiten verweigert werden, weil zwei Leute eine ganze Halle brauchen um einen kleinen Ball hin und her zuschlagen. Nach diesen festgestellten Grundsätzen, wurde dann eine Satzung beschlossen (anzufordern beim Vorstand).

# Friedens - Club Vorwärts

Als erster Vorstand wurden gewählt:

1. Vorsitzender - Alfred Raufhake  
Rosenplatz 1  
4504 Georgsmarienhütte
2. Vorsitzender - Christoph Mandel  
Kiewitzheide 34  
4504 Georgsmarienhütte
- Schatzmeister - Klaus Hengelbrock  
Kiewitzheide 9  
4504 Georgsmarienhütte
- Beisitzer - Rene Krekelaar  
Jakob - Kaiser - Str. 13  
4504 Georgsmarienhütte
- Geschäftsführer - Hermann Raufhake  
Rosenplatz 1  
4504 Georgsmarienhütte

Als Beiträge wurden festgesetzt:

- für Vollverdiener 5,-- DM Mindestbeitrag  
für Schüler, Studenten, Arbeitslose,  
Lehrlinge usw. 2,-- DM Mindestbeitrag  
Kinder 1,-- DM Mindestbeitrag  
Familien ohne Kinder 7,-- DM Mindestbeitrag  
Familien mit Kinder 8,-- DM Mindestbeitrag

Solange noch kein geregelter Sportbetrieb abgehalten werden kann - voraussichtlich ab Anfang nächsten Jahres - sind wir mit der Hälfte des Mindestbeitrages zufrieden.

Erste Reaktionen bei den „alten“ Vereinen hat es schon gegeben:

Nach einer Krisensitzung sämtlicher Sportvereine in Georgsmarienhütte wurde ein Brief abgeschickt an den Rat unserer Stadt. In diesem Brief behaupten die Vereine, daß sie immer in der Lage sind neue Mitglieder, auch Hobby- und Freizeitsportler aufzunehmen. Sie seien auch bereit, diesen Sportlern Zeiten für die Benutzung der Sportstätten zu geben. Neue Vereine würden „eine unnötige Gefährdung der Koordinierung von Sportangeboten und räumlichen Möglichkeiten“...sein. Welch ein Widerspruch. Zuerst wird behauptet, daß die Vereine in der Lage sind, neuen Sportlern die Möglichkeit zur Sportausübung zu geben, neuen Sportlern in neuen Vereinen muß man dies aber verwehren. Der Hauptgrund gegen einen neuen Verein wird wohl sein, daß...“ In geduldigen Gesprächen der Vereinsvertreter untereinander und mit den Mitarbeitern der Stadtverwaltung bisher erträgliche Lösungen gefunden werden (konnten).“ Das heißt auf gut Deutsch die Benutzungszeiten wurden untereinander ausgekungelt. Das wichtigste Argument aber um den neuen Verein zu verhindern, ist in dem Brief nur indirekt genannt: „...sportfremde Bestrebungen und Unterscheidungen jeglicher Art scheidenden (dabei) aus.“ Hier wird unterstellt, daß



„Anything wrong?“

der F.C.-Vorwärts genau dies tut. Gemeint ist wohl zuerst die Herkunft des Vereins. Er ist entstanden aus einer Juso Sportgruppe, in der aber von Anfang an auch Nichtmitglieder dabei waren, weil sie nicht die Möglichkeit sahen in den alten Vereinen Sport zu betreiben. Und heute ist natürlich jeder bei uns willkommen. Das zweite ist wohl der Name. „Friedens-Club Vorwärts“. Um allen Mißverständnissen zuvorzukommen, Vorwärts hießen vor 1933 sozialdemokratische Vereine. Und wir haben beim Landessportbund angefragt, ob wir den Namen Vorwärts führen dürften, es wurde uns genehmigt. Zum Frieden kann man nur sagen, daß selbst unser Bundespräsident Dr. Karl Carstens die Sportvereine zur größten Friedensbewegung der Welt erklärt hat.

Die erste offizielle Veranstaltung des F.C.-Vorwärts ist, mangels anderer Möglichkeiten, ein Schachtunier.

Am 28. 1. 1984 ab 14<sup>00</sup> Uhr im Heim der Arbeiterwohlfahrt, Breslauerweg in Oesede. Auch für Nichtmitglieder.

Anmeldungen an: Detlef Hengelbrock, Kiewitzheide 9  
Telephon 41701.



FRIEDENSCLUB  
VORWÄRTS  
GEORGSMARIENHÜTTE

B E I T R I T T S E R K L Ä R U N G

zum Friedens - Club Vorwärts Georgsmarienhütte e. V.

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ PLZ, Wohnort: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Beruf: \_\_\_\_\_

Eintrittsdatum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Unterschrift der gesetzlichen Vertreter: \_\_\_\_\_

bei Minderjährigen

bei Familienmitgliedschaft die weiteren Familienmitglieder:

Name	Vorname	Geburtsdatum
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Art der Mitgliedschaft:  Einzelmitglied

Mitglied ohne Einkommen

Familienmitglied

Kind

bitte ankreuzen

Ich zahle meinen Beitrag: vierteljährlich./halbjährlich/jährlich

Zahlungsweg:  Überweisung

Bankeinzug

Ich ermächtige den FC Vorwärts bis auf Widerruf den Beitrag von meinem Konto abzubuchen.

Bank: \_\_\_\_\_ Konto: \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Beiträge: 5,-- DM für Einzelmitglieder

2,-- DM für Pers. ohne Einkommen (auch Studenten

Lehrlinge Arbeitsl.)

7,-- DM Familie ohne Kind

8,-- DM Familie mit Kindern

1,-- DM für Kinder

(jeweils monatlich)

An: Hermann Raufhake, Rosenplatz 1, 4504 Georgsmarienhütte

# Es muß etwas getan werden

"Nie wieder Krieg!" Das ist die allgemeine Ansicht in allen Haushalten. "Wie soll man das erreichen?" - keiner weiß es genau. Trotz verschiedener Meinungen bin ich aber an kaum einer Haustür abgewiesen worden.

Über eines sind sich mehr oder weniger alle einig: "Es muß etwas getan werden." Viele, an deren Haustür ich geklingelt habe, sahen in der Unterschrift für eine Atomwaffenfreie Zone Gmhütte eine Chance, den Politikern und Mitmenschen kundzutun, daß der Weg zum Frieden für sie heißt, "den ersten Schritt tun". Weg von der mörderischen Eskalation der Rüstung! Bei einigen meiner Mitmenschen macht die Unsicherheit, in der wir leben, schon der Resignation platz. "Die da oben machen mit uns ja doch, was sie wollen!" Wenn wir aber Einigkeit zeigen und unsere demokratischen Rechte in Anspruch nehmen, kommen

die gewählten Politiker ja wohl nicht umhin, sich danach zu richten - oder?

"Wir müssen auch für jene handeln, deren Meinungsäußerung erschwert wird, die dafür unter Druck gesetzt werden und aus ihrem Land ausgewiesen." Wie die Mitglieder der Jenaer Friedensbewegung z.B., denn "auch der einfache Bürger im Osten will den Frieden".

Was das Handeln angeht danke ich allen, die den Mitgliedern der Initiative "Atomwaffenfreie Zone Gmhütte" bei den Haussammlungen so freundlich begegnet sind wie ich es erleben durfte. Trotz Meinungsverschiedenheiten blieben die Diskussionen immer höflich und sachlich. Viele haben außerdem unsere Aktion mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Wie viele, das zeigt die Rückseite dieser ZdJ ! Vielen Dank!

## WICHTIGE MERKMALE, DIE AUF EINEN BEVORSTEHENDEN ATOMKRIEG HINWEISEN

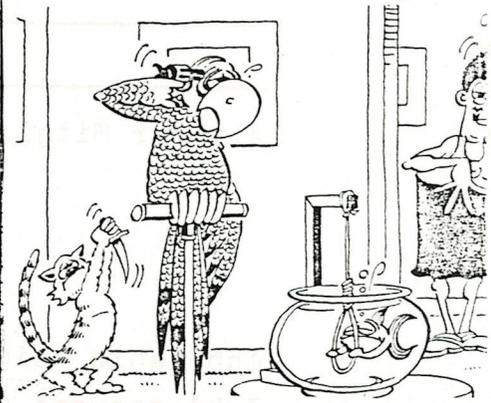
HINWEIS NR. 1: Politiker beginnen das Land zu verlassen



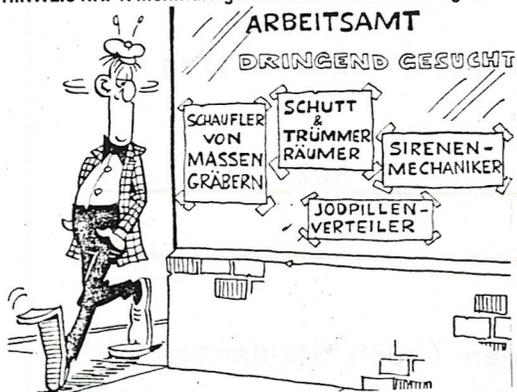
HINWEIS NR. 2: Seltsame Bücher erscheinen auf dem Markt



HINWEIS NR. 3: Die Haustiere verhalten sich ungewöhnlich



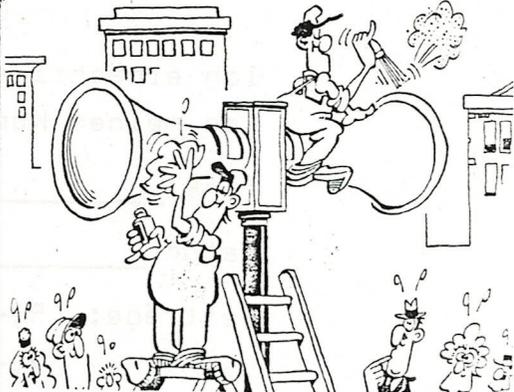
HINWEIS NR. 4: Merkwürdige Arbeitsstellen werden angeboten



HINWEIS NR. 5: Bekannte Sendungen klingen irgendwie anders



HINWEIS NR. 6: Die Luftschuttsirenen werden sorgfältig geputzt



HINWEIS NR. 7: Ein runder Schatten wird größer und größer und größer und ...



# Bürgerantrag erfolgreich

ES IST GESCHAFFT !!!

Was die Pessimisten unter uns nicht für möglich gehalten hatten ist eingetreten: Die notwendige Anzahl von Unterschriften für den Bürgerantrag zur Atomwaffenfreien Zone sind zusammen gekommen!

Mehr als 5 Prozent aller Gmhütter Bürger, insgesamt ungefähr 1500 Leute, haben den Antrag der Initiative "Atomwaffenfreie Zone Gmhütte" unterschrieben. Nach Abzug der Unterschriften von Jugendlichen, die lt. Niedersächsischer Gemeindeordnung als Unterstützer für Bürgeranträge nicht gezählt werden, blieben noch etwa 1350 Unterschriften übrig - rund hundert mehr, als für den Antrag nötig!

Die Unterzeichner des Antrags fordern den Rat der Stadt Gmhütte auf, "weder heute noch in Zukunft der Lagerung, Aufstellung oder dem Transport atomarer oder chemischer Waffen auf ihrem (über ihr) Stadtgebiet zuzustimmen". Der Rat soll nun entscheiden, ob der dem Antrag folgt. Der Bürgerantrag und die dafür nötigen Unterschriften wurden im November der Stadt übergeben; sie wurden von der Verwaltung inzwischen überprüft und als "formal einwandfrei" beurteilt.

Im Herbst 1983 wurden während einer Ratssitzung von Mitgliedern der Initiative "Atomwaffenfreie Zone" Bücher des Fernsehjournalisten Franz Alt ("Frieden ist möglich") an die Mitglieder des Stadtrates verteilt. Hans-Jürgen Heggemann sagte als Sprecher der Initiative dazu einige erklärende Worte und ein Transparent forderte "die Friedensdiskussion nicht am Rat vorbeigehen zu lassen". Bürgermeister und Stadtdirektor hatten die Bücherverteilung und das Verlesen der Erklärung gebilligt. Besonders erfreulich: ein Ratsmitglied überreichte der Initiative bei dieser Gelegenheit eine persönliche Spende von 50 DM! Vielen Dank!

Wir möchten allen, die am erfolgreichen Verlauf der Aktion beteiligt waren, ganz herzlich danken! Den rund 1500 Leuten, die den Antrag unterschrieben haben; denjenigen, die sich zur Unterschrift nicht entschließen konnten, mit uns aber trotzdem sehr ernsthaft über das Thema "Frieden" diskutierten; den vielen Unterschriftensammlern aus der Initiative, die auf Marktständen oder bei den Haussammlungen für den Bürgerantrag geworben haben (zum Teil bei total miesem Wetter!); ganz besonders denjenigen Unterschriftensammlern, die nicht aktiv in der Initiative mitar-

beiten, aber trotzdem ausgefüllte Listen an uns geschickt haben; schließlich auch den Bediensteten der Stadtverwaltung für das prompte Durchzählen und Kontrollieren der Unterschriften. VIELEN DANK!!!  
VIELEN DANK !!!

Wie geht es jetzt weiter mit dem Bürgerantrag?

Nach den schlechten Erfahrungen mit einem ähnlichen Antrag in Osnabrück haben wir kaum mit einer positiven Reaktion der Stadt Gmhütte und ihres Rates gerechnet. In Osnabrück wurde ein Bürgerantrag zur Atomwaffenfreien Zone nämlich im Dezember ohne jede Diskussion von der CDU/FDP-Mehrheit aus rein formalen Gründen von der Tagesordnung gefegt - praktizierte Bürgernähe!?

Insgesamt wurden im Verlauf der Aktion ca. 4 - 5000 Mitbürger angesprochen, weit mehr als die 1500 Unterzeichner wurden also mit dem Thema "Frieden" konfrontiert. Viele der angesprochenen erfuhren so zum ersten Mal, daß es "die Friedensbewegung" nicht nur irgendwo weit weg in Bonn bei Großdemonstrationen gibt, sondern auch hier bei uns in Gmhütte.

In Gmhütte ist das Verhältnis zwischen Rat, Verwaltung und Friedensbewegung offensichtlich um einiges entkrampfter. Das zeigte sich ja bereits bei der Verteilung von Franz-Alt-Büchern an die Ratsmitglieder durch Leute aus der Initiative im Herbst. Weder Bürgermeister noch Fraktionsvorsitzende oder Stadtdirektor hatten etwas gegen die Bücherverteilung und die dazu abgegebene Erklärung eines Mitgliedes der Initiative während einer Ratssitzung einzuwenden. In anderen Städten ist bei ähnlichen Anlässen schon die polizeiliche Räumung des Saales veranlaßt worden!

Die älteste Mitbürgerin, die den Bürgerantrag unterschrieben hat, wurde am 8.9.1894 geboren, ist also 89 Jahre alt. Der älteste männliche Unterzeichner war 88 Jahre alt.

Auch die Reaktion von Rat und Verwaltung auf den Bürgerantrag ist anerkennenswert. Immerhin gibt es aus dem niedersächsischen Innenministerium die eindeutige Anweisung, derartige Anträge nicht zu behandeln. Sowohl der Bürgermeister wie auch der Stadtdirektor haben uns inzwischen aber fest zugesagt, daß der Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung (März 84) kommt - und dann auch ausführlich diskutiert wird. Vertreter

der Unterzeichner des Antrages sollen an der Diskussion beteiligt werden. Einen Beschluß über den Antrag soll es aber nach dem Willen von Bürgermeister und Stadtdirektor nicht geben, da das ihrer Meinung nach mit der Anordnung des Innenministeriums unvereinbar sei.

Diese Haltung von Rat und Verwaltung - die sicher nicht ohne Widerstände zustande gekommen ist - muß man Achtung zollen. Sicher, wir würden es lieber sehen, wenn ein eindeutiger Beschluß zugunsten einer Atomwaffenfreien Zone Gmhütte zustande käme (wir werden dafür auch weiterhin kämpfen, zum Beispiel in der versprochenen Ratsdiskussion). Andererseits zeigt das Verhalten der Stadtführung aber auch, daß das Thema "Frieden" bei uns in Gmhütte in einem ganz anderen Klima diskutiert werden kann als beispielsweise in Osnabrück. Dort wischt die Mehrheitsfraktion die Ängste um den Frieden besorgter Bürger einfach unter den Tisch - bei uns wird über das Thema zumindest ausführlich diskutiert. Diese Haltung gibt uns auch Hoffnung für die Ratssitzung im März: Vielleicht ist ja ein Beschluß für eine Atomwaffenfreie Zone noch zu erreichen - vielleicht lassen sich ja Ratsherren, die

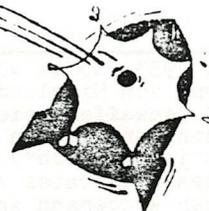
bereit sind zu diskutieren, durch gute Argumente noch umstimmen. Es wäre gut, wenn diese sicher sehr interessante Diskussion von möglichst vielen Bürgern verfolgt würde... !

Der SPD-Ortsverein Gmhütte ist seit Oktober 1983 Mitglied der Initiative "Atomwaffenfreie Zone Gmhütte". Nach einer ernsthaften und ehrlichen Diskussion wurde mit großer Mehrheit auf einer Ortsvereinshauptversammlung in der Gaststätte Dröge der Beitritt beschlossen. Die SPD wird sich somit auch am 2. Gmhütter Ostermarsch beteiligen!

Der Bürgerantrag ist im Jahr 1983 der Schwerpunkt der Arbeit der Initiative "Atomwaffenfreie Zone Gmhütte" gewesen; wie sich jetzt zeigt, war diese Arbeit sehr erfolgreich. Wenn wir so weitermachen kann von einer Krise der Friedensbewegung, wie sie von vielen herbeigewünscht wird, zumindest in Gmhütte nicht die Rede sein. Zwei Ziele für das neue Jahr stehen jedenfalls schon jetzt fest: eine ernste und hoffentlich erfolgreiche Diskussion des Bürgerantrags im Rat und die Vorbereitung des 2. Gmhütter Ostermarsches.



# statistik

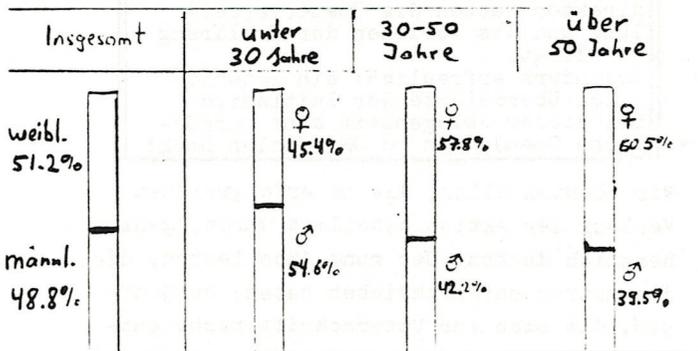


Vir haben die Unterschriften unter den Bürgerantrag statistisch ausgewertet und dabei einige sehr interessante Ergebnisse gewonnen. Ein paar sollen hier dargestellt werden.

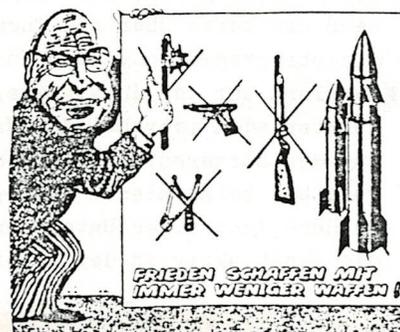
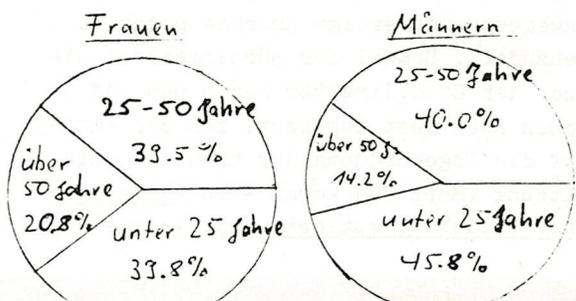
Die Unterzeichner des Antrages hatten folgendes Alter:

unter 21 Jahre	24.3 %
22 bis 30 Jahre	32.7 %
31 bis 50 Jahre	25.4 %
über 50 Jahre	17.6 %

Bei den jüngeren Unterzeichnern überwiegen die Männer deutlich, bei den älteren sind die Frauen in der Mehrzahl.



Die Altersverteilung war bei Männern und Frauen recht unterschiedlich; bei den Frauen findet man deutlich mehr Unterzeichner über 50 als bei den Männern!



# G.M. Hütter Herbst

Viele Gmhütter beteiligten sich an den Aktionen der Friedensbewegung, die aus Anlaß des "ersten nationalen Widerstandstages" in Osnabrück stattfanden. Dabei wurde eine Menschenkette vom Neumarkt über den Wall zum Theater, weiter über den Nikolaiort und die Große Straße zum Neumarkt zurück gebildet. Ungefähr zweieinhalbtausend Menschen waren daran beteiligt!

Anschließend gab es einen Fackelzug durch Osnabrück; eines der beeindruckendsten Erlebnisse, das viele der Demonstranten je gehabt haben.

Mitglieder der Initiative "Atomwaffenfreie Zone Gmhütte" haben am letzten Freitag vor Weihnachten auf dem Wochenmarkt in Oesede wieder einen Informationsstand aufgebaut. Trotz der ziemlich kalten Witterung ließen sich viele Bürger über die erfolgreiche Unterschriftenaktion für den Bürgerantrag informieren. Daneben verkauften die Initiativler Aufkleber zum Thema "Frieden" und schenkten heißen Kaffee und Plätzchen in Form von Friedenstauben aus. Die Resonanz der Marktbesucher und auch einiger Marktverkäufer war ziemlich gut!

Anschließend wurde der Info-Stand dann in die Michaelisschule gebracht, wo abends das Franz K.-Konzert der Falken stattfand. Auch hier wurde eine ansehnliche Zahl von Aufklebern und Flugblättern an "den Mann" gebracht (an Frauen übrigens noch mehr!).

Der Video-Film über den ersten Gmhütter Ostermarsch ist jetzt endlich fertig geworden! Wer sich noch einmal auf dem Marsch sehen will oder wer nicht mitgehen konnte und wissen will, wie es war, für den ist der Film sicher ideal. Interessierte Gruppen, die den Film zeigen wollen, können sich an Hermann Raufhake, Rosenplatz 1, Gmhütte, wenden.



Die Friedensbewegung hat für den 30.1.84 zum zweiten nationalen Widerstandstag aufgerufen. Nachdem am ersten Widerstandstag im Dezember in Osnabrück ziemlich viel los war, soll diesmal auch in Gmhütte eine Demo aus diesem Anlaß stattfinden. Um 17 Uhr ist Treffpunkt vor dem Rathaus, nach einigen Liedern und einer kurzen Einstimmung in das Thema durch Johannes Börger wird ein Demonstrationszug ab 17.30 Uhr durch die Straßen des sog. "Widerstandsviertels" in Oesede gehen. Da der von den Gewerkschaften und der Friedensbewegung veranstaltete Fackelzug in Osnabrück vor einem Monat so eindrucksvoll war, sollen am 30.1. in Oesede ebenfalls Fackeln mitgenommen werden.

Die Demonstration wird federführend organisiert von Leuten aus dem Friedenskotten und unterstützt von vielen Gmhütter Gruppen.



Na, vor der Raketenstationierung hat doch nie jemand ernsthaft gezweifelt, daß die Neuen Jahre friedlich werden ...

Jetzt aber kann man's nur noch hoffen!



Im Januar beginnen die Vorbereitungen für den zweiten Gmhütter Ostermarsch. Im letzten Jahr hat ja alles gut geklappt (immerhin: über 400 Leute haben mitgemacht!), das lag aber sicher auch an der guten Vorbereitung. Wer sich an der Planung und Durchführung des Ostermarsches über das reine Mitgehen hinaus beteiligen möchte, wende sich an Rainer Korte, Feuerstätte 15, Gmhütte.

Zeichnungen: Erich Rauschenbach.

# Das Ende der Welt

Auszug aus NATUR, Oktober 1983

"Nehmen wir an, ein künftiger Atomkrieg entglitte der politischen und militärischen Kontrolle - die wahrscheinlichste Annahme -, und es kämen 20 000 Megatonnen atomaren Sprengstoffes zum Einsatz (die rund 700fache Sprengwirkung des gesamten Zweiten Weltkrieges). Zunächst würden auf der nördlichen Halbkugel alle höheren Säugetiere und die Vögel getötet - die für sie tödliche Dosis liegt häufig unter der des Menschen. Die Hunderte von Millionen Tierkadaver wären nicht nur ein idealer Nährboden für Viren und Bakterien und damit für Seuchen- und Krankheitserreger aller Art, es würden sich auch die Insekten zunächst schlagartig vermehren. Überlebende Tiere würden entweder an ausbrechenden Seuchen verenden oder an der Sekundärstrahlung.

Absterben würden auch die Wälder. Sofern sie nicht schon durch die Hitzewirkungen auf großen Flächen abgebrannt wären, würden die Bäume durch die Strahlung ihre Blätter verlieren und verdorren. Fachleute meinen, daß sich die abgestorbenen Bäume im Sommer sofort selbst entzünden und weiterbrennen würden.

Milliarden und Abermilliarden von Tonnen Asche, nur noch nach Kubikkilometern zu fassen, würden in die Luft gewirbelt. Absenkungen des Grundwasserspiegels, Bodenerosionen und Verwüstungen wären die Folge: Selbst primitivste Formen der Landwirtschaft wären nicht mehr möglich.

Die Flüsse würden mit unvorstellbaren Mengen Erdreich buchstäblich zugeschwemmt, das Wasser träte über die Ufer, würde einerseits mit Mineralien überdüngt, andererseits mit strahlendem Material überfrachtet. Folge: Auch die Süßwasserfische würden größtenteils verenden.

Jede einzelne der größeren Atomwaffen würde Millionen von Tonnen Erdreich und Staub in die Troposphäre, sogar noch bis in die Stratosphäre hochreißen, zusammen wären es Tausende von Kubikkilometern. Hinzu kämen die Kubikkilometer an Asche infolge der riesigen, kontinentalen Flächenbrände. Ein Teil dieses Ma-

terials würde zwar relativ rasch wieder als tödlicher radioaktiver Niederschlag absinken, ein Teil aber bliebe Jahre und Jahrzehnte in den oberen Luftschichten, würde den Himmel verfinstern und einen Teil des Sonnenlichts absorbieren. Über die Folgen streiten die Wissenschaftler: Die einen halten ein Absinken der durchschnittlichen Klimatemperaturen weltweit um bis zu 6,5 Grad Celsius für denkbar, was bedeuten würde, daß sich die Lebenszonen auf einen schmalen Gürtel um den Äquator reduzieren müßten. Wenn aber, so die andere Theorie, die riesigen Staubmengen in der Stratosphäre einen Treibhauseffekt bewirken und die Temperaturen steigen lassen sollten, so wären die geologischen Folgen auch nicht günstiger: In diesem Fall würde das Eis der Polkappen schmelzen, der Pegel der Ozeane stiege an, und das Leben würde auf höher



„Ich glaube eben nicht, daß dies die richtige Welt ist, um Pandas großzuziehen“

gelegene Gebiete zurückgedrängt.

Ein riesiger Teil der Landmasse verschwände.

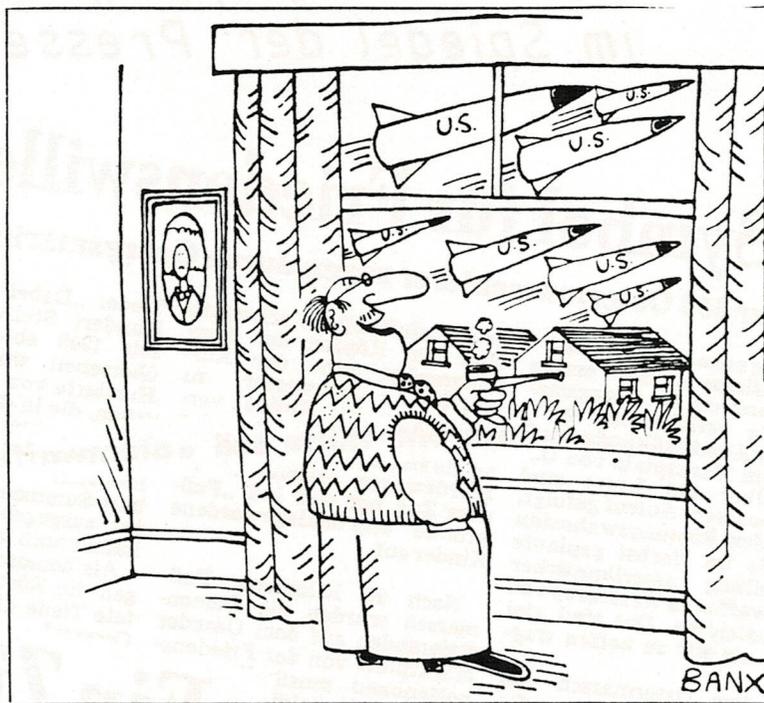
Andere klimatische Änderungen, etwa die Zerstörung der Regenzone, zu erwähnen, erübrigt sich fast. Immerhin: Das längere Ausbleiben des Monsunregens etwa, eine als sehr wahrscheinlich angenommene Folge, würde ganz Süd- und Südostasien, vielleicht sogar alle Tropenzone, in eine Wüste verwandeln und 1,5 Milliarden Menschen vermutlich keine längerfristige Überlebenschance lassen, obwohl sie nicht unmittelbar Opfer des Nuklearkrieges wären.

# Das Ende der Welt

Explodierender nuklearer Sprengstoff in der Größenordnung von 20 000 Megatonnen würde die Stickstoffmenge der Stratosphäre um über das 20fache erhöhen. Dies würde einen dramatischen Abbau der Ozonschichten bewirken. Das Ozon in der oberen Stratosphäre entsteht, wenn Sonnenlicht auf Sauerstoff trifft. Es filtert den größten Teil der ultravioletten Strahlung aus dem Sonnenlicht heraus, das sonst tödlich für das Leben insgesamt ist.....

Ein atomares Inferno der angenommenen Größenordnung würde die Ozonschichten nach Schätzungen aufgrund des bisherigen Erkenntnisstandes der Forschung in der nördlichen Halbkugel um 30 bis 70 Prozent, auf der südlichen um 20 bis 40 Prozent abbauen. Dies würde genügen, um alle Lebewesen, selbst die meisten Insekten, erblinden zu lassen; es würde ausreichen, um die Zellteilung weitgehend zu stoppen sowie die Photosynthese der Pflanzen schwerstens zu beeinträchtigen. "

(Anton-Andreas Guha auf S. 66)



„Alles in Ordnung, eben kommen unsere“

## Diskussion

Nach der Sommerpause plante die Initiative "Atomwaffenfreie Zone GMHütte" eine Diskussion zum Thema Nachrüstung. Dazu wurde die CDU und die Junge Union (JU) eingeladen. Zunächst hatten diese beiden politischen Organisationen eine Diskussion über die Nachrüstung, die ursprünglich für den Antikriegstag (1. September) angesetzt war, unter merkwürdigen Gründen und erst am letzten Tag abgesagt. Daraufhin wurde in einem Gespräch mit ihnen ein neuer Termin festgesetzt.

Zu dieser Podiumsdiskussion kam es am 27. Oktober.

Das Thema des Abends hieß: „Gründe und Konsequenzen der Nachrüstung“. Zu dieser Diskussion erschienen ungefähr 50 interessierte Zuhörer. Am Anfang der Veranstaltung gaben die Vertreter der CDU, JU, SPD (die auf Wunsch der CDU erschienen war) und der Initiative „Atomwaffenfreie Zone GMHütte“ kurze Referate zu diesem Thema ab. Der vorgesehene Vertreter der Kirche konnte aus terminlichen Gründen nicht kommen.

Nach diesen Kurzreferaten gab es einen eifrigen Dialog zwischen Zuhörern und Podiumsgliedern. Dabei war die CDU und

die JU die Hauptzielscheibe der Kritik. Den Zuhörern war es unverständlich, wie sich die Rüstungspolitik der jetzigen „christlichen“ Regierung mit dem Christentum begründen läßt, wie die Abschreckungstheorie die Möglichkeit einer Abrüstung beinhalten kann, wie einseitige Vorleistungen die Gefahr der „Finnlandisierung“, wie die CDU meinte, mit sich bringen soll. Diese und andere Kritiken konnten in der dreistündigen Diskussion nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Die äußerst faire Leistung übernahm Pastor Menke aus Alt-GMHütte. Er sorgte durch leichtes Klopfen auf seine Uhr dafür, daß jeder nur kurz redete, damit möglichst viele zu einem Wortbeitrag kommen konnten. Dadurch wurde der Abend abwechslungsreich, und es kam nicht zum Abspulen einiger Monologe. Auch bekam die häufig kritisierte CDU und JU dadurch die Gelegenheit, sich zu rechtfertigen oder mit Gegenargumenten zu antworten.

Die Diskussion zeigte, daß beide Seiten, die Nachrüstungsbeefürworter und die Nachrüstungsgegner, wohl bereit sind, miteinander zu sprechen – doch ein Abrücken von den eigenen Positionen findet zu diesem fortgeschrittenen Stadium der Meinungsbildung nicht mehr statt.

